

Bevölkerungseinstellungen zum Zensus 2011: Ergebnisse einer Online-Erhebung im Herbst 2010

Rattinger, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rattinger, H. (2011). *Bevölkerungseinstellungen zum Zensus 2011: Ergebnisse einer Online-Erhebung im Herbst 2010*. (RatSWD Working Paper Series, 175). Berlin: Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD). <http://hdl.handle.net/10419/75323>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Rat für Sozial- und
Wirtschaftsdaten (RatSWD)

www.ratswd.de

RatSWD

Working Paper Series

Working Paper

Nr. 175

Bevölkerungseinstellungen zum Zensus 2011

Ergebnisse einer Online-Erhebung im Herbst 2010

Hans Rattinger

April 2011

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers* Reihe startete Ende 2007. Seit 2009 werden in dieser Publikationsreihe nur noch konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. Die *RatSWD Working Papers* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Nutzer/innen die Arbeit mit der neuen Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der *RatSWD Working Papers* nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Einige ursprünglich in der *RatSWD Working Papers* Reihe erschienen empirischen Forschungsarbeiten, sind ab 2009 in der RatSWD Research Notes Reihe zu finden.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD.

Herausgeber der RatSWD Working Paper Series:

Vorsitzender des RatSWD (2007/2008 Heike Solga; seit 2009 Gert G. Wagner)

Geschäftsführer des RatSWD (Denis Huschka)

Bevölkerungseinstellungen zum Zensus 2011:

**Ergebnisse einer Online-Erhebung
im Herbst 2010**

Prof. Dr. Hans Rattinger
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Vergleichende Politische
Verhaltensforschung
A 5,6
68131 Mannheim

März 2011

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	4
Abbildungsverzeichnis.....	5
1. Einleitung	6
2. Volkszählungen und Einstellungen dazu als Gegenstand der Forschung und der Presseberichterstattung.....	10
2.1. Einstellungen zu den Volkszählungen 1983 bzw. 1987	10
2.2. Der Zensus 2011 in der Presseberichterstattung	13
3. Daten.....	17
4. Deskription	21
4.1. Kenntnisse zum Zensus.....	21
4.2. Einstellungen zum Zensus	27
5. Datenreduktion.....	34
5.1. Vorbemerkung	34
5.2. Kenntnisse	34
5.3. Einstellungen zum Zensus	36
6. Determinanten von Kenntnissen zum Zensus.....	38
6.1. Sozialstruktur	38
6.2. Politische Einstellungen	39
7. Determinanten von Einstellungen zum Zensus.....	42
7.1. Sozialstruktur	42
7.2. Politische Einstellungen	43
7.3. Kenntnisse über den Zensus.....	44
8. Multivariate Modelle.....	47
8. 1. Kenntnisse zum Zensus.....	47
8. 2. Einstellungen zum Zensus	48
9. Typen von Einstellungen zum Zensus.....	51
10. Zusammenfassung.....	57

11. Literatur	61
Anhang 1: Zuordnung von Merkmalsbezeichnungen in den Tabellen zum Fragebogen (in der Reihenfolge der Nennung in den Tabellen)	62
Anhang 2: Fragebogen.....	65

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kenntnisse über Zensus 2011 und frühere Volkszählungen.....	22
Tabelle 2: Kenntnisse über Zensus 2011	24
Tabelle 3: Frageformulierungseffekte auf Kenntnisse – „Zensus“ vs. „Volkszählung“, April 2009.....	26
Tabelle 4: Bereitschaft zur Beantwortung von Zensus-Fragen.....	28
Tabelle 5: Einstellungen zum Zensus 2011	31
Tabelle 6: Gründe für Ablehnung des Zensus 2011, Oktober 2010	33
Tabelle 7: Zusammenhang zwischen mittlerem Kenntnisstand zum Zensus und einzelnen Informationen.....	35
Tabelle 8: Zusammenhang zwischen verschiedenen Einzeleinstellungen zum Zensus	37
Tabelle 9: Kenntnisse zum Zensus nach sozialstrukturellen Größen.....	38
Tabelle 10: Kenntnisse zum Zensus nach politischen Einstellungen	40
Tabelle 11: Einstellungen zum Zensus nach sozialstrukturellen Größen	42
Tabelle 12: Einstellungen zum Zensus nach politischen Einstellungen.....	43
Tabelle 13: Einstellungen zum Zensus nach Kenntnissen.....	45
Tabelle 14: Multiples Regressionsmodell für Kenntnisse zum Zensus.....	47
Tabelle 15: Multiples Regressionsmodell für Einstellungen zum Zensus	49
Tabelle 16: Clusterzentren aus Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus	52
Tabelle 17: Kenntnisse zum Zensus nach Clusterzugehörigkeit	54
Tabelle 18: Einstellungen zum Zensus nach Clusterzugehörigkeit	55
Tabelle 19: Sozialstrukturelle und politische Einstellungsprofile nach Clusterzugehörigkeit..	55

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Was wird beim Zensus erhoben, was würde beantwortet	28
Abbildung 2: Cluster aus Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus.....	51

1. Einleitung

Der „Zensus 2011“ im Mai wird die fünfte Volkszählung in der Bundesrepublik sein. Eigentlich wäre bereits die siebte fällig. Bis 1970 klappte der normale und international vereinbarte Turnus noch, alle zehn Jahre eine Volkszählung durchzuführen. Mit der für 1983 vorgesehenen Erhebung gab es jedoch allergrößte Probleme. Zusammen mit dem Widerstand gegen Atomkraftwerke und die „Nachrüstung“ mit atomaren Mittelstreckenwaffen nach dem Doppelbeschluss der NATO von 1979 war die Volkszählung einer der Kristallisationspunkte für neue soziale Bewegungen und zivilen Ungehorsam in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Obwohl das Internet damals allenfalls in den Kinderschuhen steckte, formierte sich der Widerstand gegen Datensammlungen und Datenspeicherungen über die Bürger durch den Staat. Die heutigen Vorkehrungen zur Gewährleistung des Datenschutzes in Deutschland sind ohne die damalige Opposition gegen einen „Überwachungsstaat“ überhaupt nicht denkbar. Während die ersten drei Volkszählungen in der Bundesrepublik weitestgehend problemlos abgehalten werden konnten, gerieten Anfang der achtziger Jahre bisher selbstverständliche Verfahrensweisen bei solchen Erhebungen in die Kritik. Dazu gehörte etwa die Berichtigung von Einwohnermelderegistern auf Grund der Ergebnisse einer Volkszählung. Solche früher selbstverständlich akzeptierten Vorgehensweisen wurden nun darauf hinterfragt, zu welchem Zweck die Bürger dem Staat welche Angaben über sich selbst überlassen müssten und was mit diesen Daten anschließend geschehen dürfte – oder nicht. Das „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts leitete zu diesen Fragen aus dem Grundgesetz ein Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ ab. Auf Grund dieses Urteils konnte die letzte Volkszählung dann erst vier Jahre später als geplant, also 1987, durchgeführt werden.

In den über 20 Jahren seit der letzten Volkszählung hat sich sehr viel getan. Die Datenschutzgesetzgebung in Deutschland hat sich stark weiterentwickelt und ausdifferenziert und ist aus keinem Bereich des Umgangs mit Daten der Bürger mehr wegzudenken. Auf der anderen Seite hat sich aber auch der Umgang mit Daten fundamental gewandelt. In den achtziger Jahren beanspruchte und forderte der Staat Auskünfte der Bürger über ihre Daten, um Grundlagen für staatliche Planungen und

staatliches Handeln zu schaffen. Heutzutage geben viele Menschen völlig freiwillig und für ihre eigenen Zwecke eine gewaltige Fülle von Informationen über sich selbst über das Internet preis. Vor 25 Jahren waren die Bürger das Objekt von staatlich organisierten Datensammlungen, heute verwenden sie selbstbestimmt elektronische Techniken der Datenspeicherung und -veröffentlichung für die Gestaltung ihres eigenen Lebens und ihrer Sozialbeziehungen. Insofern könnte man vermuten, dass die Vorbereitung des Zensus 2011 in einem wesentlich permissiveren gesellschaftlichen Klima hinsichtlich der Datenweitergabe verlaufen würde. Die Informationen, die der Staat im Rahmen einer Volkszählung von den Bürgern erfahren möchte, sind im Vergleich zu dem, was Leute freiwillig über sich selbst ins Internet stellen, absolut harmlos.

Diese Überlegung ist jedoch nicht unbedingt zwingend, denn zwischen der freiwilligen Datenveröffentlichung für persönliche Zwecke und dem Zwang, dem Staat (auch belanglose) Informationen zur Verfügung stellen, besteht aus Sicht des Individuums ein ganz erheblicher Unterschied. Insofern hätte die Neuauflage einer Volkszählung nach 24 Jahren durchaus erneut erhebliche politische Konflikte heraufbeschwören können. Schließlich hatte die Republik in den letzten Jahren nicht über einen Mangel an Skandalen im Bereich des Datenschutzes zu klagen. Immer wieder konnten oder mussten sich die Medien damit befassen, dass Daten unberechtigt gesammelt und archiviert wurden, Löschungsvorschriften ignoriert und Daten in unzulässiger Weise zusammengeführt wurden. Die bei einer Volkszählung üblicherweise erhobenen Merkmale sind zwar nicht so sensitiv wie vieles, was die Menschen freiwillig über sich allgemein zugänglich berichten, aber ein erhebliches Konfliktpotential war durchaus gegeben. Dies gilt nicht zuletzt, weil 2011 eine neue Form von Volkszählung stattfindet, die „registergestützt“ erfolgt. Dabei wird die direkte Befragung auf eine Stichprobe der Bevölkerung reduziert und die zentrale Erhebungsarbeit im Zensus durch die Zusammenführung von vorhandenen Registern geleistet. Nun ist aber ein Kerngehalt des Rechts auf „informationelle Selbstbestimmung“, dass die Bürger nur für bestimmte spezifizierte Zwecke Daten abliefern müssen und das beliebige Zusammenfügen dieser Informationen aus verschiedenen Datenquellen und Registern nicht ohne weiteres erfolgen kann, um nicht den „gläsernen Bürger“ dadurch zu erzeugen, dass man diverse und separat erhobene Informationen über ihn nachträglich zusammenführt. Etwa vor dem

Hintergrund der Diskussionen der letzten Jahre um die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten hätte es durchaus sein können, dass die vorgesehene Technik zur Zusammenführung von verschiedenen Registern zum Zwecke der Volkszählung eine Oppositionsbewegung mit dem Ziel des Widerstands gegen den „Überwachungsstaat“ hervorruft. Dementsprechend gab es natürlich auch Positionen zum Zensus 2011, die sich sehr kritisch mit diesem Projekt auseinandersetzten – bis hin zum erneuten Versuch, durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht dieses Projekt wiederum anzuhalten.

Dieser Bericht befasst sich nicht mit organisatorischen Vorkehrungen, gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Grundlagen oder technischen Einzelheiten zur Durchführung der Erhebung. Er gilt allein der Frage, wie sich die öffentliche Meinung zum Zensus 2011 darstellt und wie sich diese Einstellungen zum Zensus erklären lassen. Dabei kann dieser Bericht anknüpfen an die sozialwissenschaftliche Begleitstudie, die in den achtziger Jahren zum dann 1987 realisierten Volkszählungsprojekt durchgeführt wurde (Scheuch et al. 1989). Da in den letzten ein bis zwei Jahren eine Opposition gegen den Zensus 2011 in mit den achtziger Jahren vergleichbarem Umfang nicht festzustellen war, fand eine ähnlich umfangreiche Begleituntersuchung diesmal nicht statt. Es konnte jedoch mit Mitteln des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten im Herbst 2010 eine Online-Umfrage zu den Bevölkerungseinstellungen zum Zensus 2011 durchgeführt werden, über deren Ergebnisse hier berichtet wird. Dabei stehen zwei Themenkomplexe im Vordergrund, nämlich die Kenntnisse in der Bevölkerung über den Zensus und die Bewertungen und Einstellungen der Bürger zu diesem Projekt.

Der vorliegende Bericht gliedert sich wie folgt: In seinem zweiten Kapitel wird kurz eingegangen auf zentrale Befunde der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zu der Volkszählung von 1987 und auf die Thematisierung des Zensus 2011 in den Medien in den letzten Jahren vor der Erhebung. Da der Schwerpunkt des Berichts auf der Auswertung der erwähnten Umfrage liegt, wird hier kein Anspruch auf Vollständigkeit der Darstellung erhoben. Es geht lediglich darum, als Hintergrund für die Auswertung der neuen Befragungsdaten an einige zentrale Befunde der sozialwissenschaftlichen Forschung aus den achtziger Jahren zu erinnern und kurz zu

skizzieren, inwiefern und unter welchen Aspekte das Thema „Zensus 2011“ in den letzten Monaten überhaupt eine Rolle in den deutschen Medien spielte.

Einer kurzen Darstellung der verwendeten Daten (3.) folgt dann in Teil 4. die Beschreibung zu den Kenntnissen der Bürger vom Zensus 2011 und ihren Einstellungen diesem gegenüber. Angesichts der Fülle von erhobenen Einzelmessungen erfolgt dann in Teil 5. eine Datenreduktion, um in den nachfolgenden Teilen des Berichts nicht mehr mit einer großen Anzahl von Einzelindikatoren arbeiten zu müssen, sondern nur noch übersichtlicher mit zusammengefassten Skalen, welche den Kenntnisstand der Bürger zum Zensus und ihre Einstellungen dazu zusammenfassen. In den Teilen 6. und 7. werden Determinanten des Wissens über den Zensus 2011 und von Einstellungen dazu untersucht, wobei die potentiellen Erklärungsfaktoren in die beiden großen Gruppen von sozialstrukturellen Hintergrundvariablen und politischen Einstellungen zusammengefasst werden. Die letzteren sind allein schon deshalb interessant, weil man aus den achtziger Jahren noch weiß, dass die Haltungen zur Volkszählung damals ziemlich stark nach parteipolitischen Linien polarisiert waren. In Teil 8. werden dann für das Wissen über den Zensus und die Einstellungen dazu multivariate Modelle vorgestellt, in denen der Einfluss der verschiedenen Erklärungsfaktoren bei statistischer Kontrolle der jeweils übrigen Erklärungsfaktoren dargestellt wird. In Teil 9. wird auf der Basis einer Clusteranalyse die Frage aufgeworfen und beantwortet, ob man sinnvollerweise so etwas wie verschiedene Typen von Einstellungsmustern gegenüber dem Zensus in der Bevölkerung unterscheiden kann. Einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse (10.) folgen schließlich zwei Anhänge zur Dokumentation. Der erste Anhang liefert eine Korrespondenzliste zwischen den in den einzelnen Tabellen dieses Berichts verwendeten Merkmalen und den Fragebezeichnungen im Fragebogen; der zweite Anhang enthält den Fragebogen der Online-Erhebung vom Oktober 2010 selbst.

2. Volkszählungen und Einstellungen dazu als Gegenstand der Forschung und der Presseberichterstattung

2.1. Einstellungen zu den Volkszählungen 1983 bzw. 1987¹

Vor der Volkszählung 1987 hatte es bereits 1983 einen ersten Anlauf für die vierte derartige Zählung in der Bundesrepublik nach 1950, 1961 und 1970 gegeben. Proteste von Bürgerinitiativen und aus der Bevölkerung begleiteten diesen Anlauf. Das Bundesverfassungsgericht untersagte Mitte April 1983 die Volkszählung in ihrer zunächst geplanten Form. Am 15. Dezember 1983 erging dann schließlich sein berühmtes „Volkszählungsurteil“, welches erstmals das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ definierte und aus den ersten beiden Artikeln des Grundgesetzes herleitete. Einer der zentralen Steine des Anstoßes für das Gericht war die vorgesehene „Rückspielung“ der erhobenen Daten, also die Korrektur von Daten in den Einwohnermeldeämtern auf Grund der Volkszählung. Deshalb waren zunächst erhebliche Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen vorzunehmen, bevor ein neuer Anlauf gestartet werden konnte. Die Erfahrungen von 1983 ließen einen ähnlichen Widerstand für den zweiten Versuch 1987 erwarten – und so kam es dann auch.

Schon 1986 begannen über 60 Bürgerinitiativen, Friedensbewegungen etc. gegen die Volkszählung 1987 zu mobilisieren und riefen zu ihrem Boykott auf (Bergmann 2009: 74). Neben datenschutzrechtlichen Gefahren problematisierten sie vor allem die fortschreitende Vernetzung durch Telekommunikation und neue Medien sowie die Konsequenzen der umfassenden Sammlung und Speicherung von Daten der Zivilbevölkerung (Bergmann 2009: 73). Die Medien berichteten sehr umfangreich über die vorgesehene Volkszählung und die Protestbewegung (Scheuch et al. 1989: 40f.). So wurden die Bürger schon Monate vor dem anvisierten Termin immer wieder mit dem kontroversen Thema konfrontiert. Großes Aufsehen erregten kreative Formen des Protests (wie zum Beispiel ein Boykottaufruf auf dem Rasen eines Fußballstadions) und später auch vereinzelt gewalttätige Übergriffe auf Zähler.

¹ Für diesen Teil des Berichts hat Frau Julia Schnur dankenswerterweise eine erste Fassung erstellt.

Insgesamt gesehen befand sich die organisierte Protestbewegung nicht alleine mit ihrer skeptischen Meinung zur geplanten Volkszählung, viele Bürger teilten vielmehr diese negative Haltung. Über 40 Prozent der Befragten einer sozialwissenschaftlichen Begleituntersuchung zur Volkszählung gaben einige Wochen vor der Erhebung an, eine ablehnende Haltung zu haben (Scheuch et al. 1989: 26). Im Februar 1987 bekräftigten 16 Prozent der Befragten in einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie, dass sie planten, die Volkszählung zu boykottieren (Bergmann 2009: 78). Diese Einstellungen änderten sich allerdings deutlich zugunsten der Erhebung je näher sie rückte, und kurze Zeit nach der Volkszählung stimmten ihr dann über 60 Prozent zu (Scheuch et al. 1989: 34).

Ein zentraler Bestandteil der gegenüber der Volkszählung kritischen Einstellungen war die Frage nach dem Datenschutz. Über die Hälfte der Personen einer damaligen Umfrage befürchteten, dass ihre persönlichen Daten an Dritte weitergegeben werden würden (Kühnel 1993: 233). Zwar war im revidierten Gesetz zur Anordnung der Volkszählung klar festgelegt worden, dass eine Weitergabe der Daten der Zählung oder ein Abgleich mit den Meldedaten nicht erlaubt seien (Scheuch 1989: 87), doch viele Bürger zeigten wenig Vertrauen in die zuständigen Ämter und Behörden. Vorbehalte gegenüber der Volkszählung gab es vor allem hinsichtlich der Angabe privater und persönlicher Informationen, wohingegen viele Bürger weniger Probleme damit hatten, allgemeine Informationen wie ihren Beruf, Arbeitsort oder Arbeitslosigkeit preiszugeben (Scheuch et al. 1989: 93). Personen, die Angst vor Datenmissbrauch hatten, waren gleichzeitig der Überzeugung, dass Datenschutzbestimmungen nicht eingehalten werden würden und dass sich Deutschland mehr und mehr hin zu einem Überwachungsstaat entwickeln würde (Scheuch et al. 1989: 89). Ein weiterer Aspekt der volkszählungskritischen Haltung war, dass rund die Hälfte der Bürger die Notwendigkeit der geplanten Erhebung nicht sah und an ihrem Nutzen zweifelte (Scheuch et al. 1989: 29).

Die Einstellungen in der Bevölkerung zur Volkszählung wurden in hohem Maße von dem jeweiligen persönlichen Netzwerk (bestehend aus Freunden und Familie) geprägt. Die meisten Gespräche über die Volkszählung führten Befragte aus der Begleitstudie mit Menschen aus ihrem engeren Umfeld, die in den meisten Fällen dieselben Überzeugungen zur Volkszählung teilten (Scheuch et al. 1989: 47)

Unterschiede in den Einstellungen in der Bevölkerung ließen sich vor allem zwischen Anhängern verschiedener politischer Parteien feststellen. So lehnten Anhänger der Grünen zum größten Teil die Volkszählung ab, wogegen Anhänger der CDU/CSU oder der FDP sie eher befürworteten (Scheuch et al. 1989, 76). Auch Mitglieder neuer sozialer Bewegungen oder Personen, die sich selbst politisch als eher links einstufen, sprachen sich in erheblichem Umfang gegen die Volkszählung aus; dagegen teilten Befragte, die sich als eher rechts einstufen, positive Haltungen zur Erhebung (Scheuch et al. 1989: 74). Diese parteipolitische Polarisierung ist eine der wichtigsten Ursachen für die heftigen Diskussionen um die Volkszählung und lässt diese Auseinandersetzungen mindestens zum Teil als eliteninduziert erscheinen.

Um der Mobilisierung von Seiten der Volkszählungsgegner zu begegnen, versuchten die dafür Verantwortlichen in den Monaten vor der Erhebung mit Werbekampagnen die Bürger besser über die Volkszählung aufzuklären und zu informieren. Im März vor der Zählung hatten nämlich noch nicht einmal ein Drittel der Bürger nach Befragungen einen sicheren Kenntnisstand über die genauen Erhebungsinhalte der Volkszählung (Scheuch et al. 1989: 106). So erlebten viele Teilnehmer an der Zählung dann eine erhebliche Überraschung, als ihnen beim Ausfüllen des Fragebogens der relativ harmlose eigentliche Inhalt der Erhebung bewusst wurde (Scheuch et al. 1989: 112). Die Begleituntersuchung belegt, dass je näher die Volkszählung rückte desto mehr Menschen über ihren wirklichen Inhalt Bescheid wussten (Scheuch et al. 1989: 103).

Auch wenn relativ viele Gegner der Volkszählung bei noch größerem zeitlichen Abstand ihre Bereitschaft zum Boykott bekräftigten, haben recht wenige Bürger dieses Vorhaben dann auch wirklich in die Tat umgesetzt. Wie groß der Anteil der Bevölkerung war, der seinem Protest in Form eines Boykotts Ausdruck verliehen hat, ist schwer genau zu bestimmen. Damaligen Umfragen zufolge hatte nur ein geringer Anteil von weniger als zwei Prozent bewusst falsche Angaben bei der Erhebung gemacht, und selbst bei Befragten mit einer negativen Einstellung hatten weniger als drei Prozent noch keine Erhebungsbögen ausgefüllt (Scheuch et al. 1989: 131f.).

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass es 1987 wie schon 1983 viele Volkszählungsgegner und gut organisierte Protestbewegungen in Deutschland gab. Die negativen Einstellungen schwächten sich allerdings ab je näher das eigentliche Ereignis der Volkszählung rückte, so dass zum Erhebungszeitpunkt selbst die Bevölkerung sie insgesamt eher befürwortete und nur relativ wenige Bürger ihr früheres Boykottvorhaben in die Tat umsetzten.

2.2. Der Zensus 2011 in der Presseberichterstattung²

Dieser Abschnitt soll keine umfassende und vollständige Darstellung der Medienberichterstattung zum Zensus 2011 liefern. Er beruht nicht auf quantitativer Inhaltsanalyse, sondern auf einfacher Lektüre. Er beschränkt sich auf die Artikel zum Thema, die in den letzten zweieinhalb Jahren in deutschen Printmedien erschienen sind. Fernseh- und Radioberichterstattung bleiben unberücksichtigt, weil deren Erfassung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verursacht hätte, ohne dass andersartige Befunde zu erwarten gewesen wären. Für die Printmedien stand ein Pressespiegel zum Zensus 2011 zur Verfügung, der für die Zeit seit dem Herbst 2008 insgesamt 229 Artikel enthält. Auch wenn er sicherlich nicht vollständig ist, zeigt bereits diese Zahl, dass das Thema in diesem Zeitraum keine besonders hohe Aufmerksamkeit in den Medien erfuhr. Allein die Zahl der Presseartikel über den militärischen Einsatz gegen Libyen in den letzten Wochen liegt sicherlich um ein vielfaches höher. In Abwesenheit größerer parteipolitischer Kontroversen um den Zensus 2011 war er bislang – etwas überspitzt – für die Medien „kein Thema“. Worum es ging, wenn das Thema dennoch aufgegriffen wurde, dies soll nun kurz zusammengefasst werden.

Die Presstexte zum Thema Zensus 2011 aus den Jahren 2008 und 2009 beschäftigten sich vorwiegend mit dessen Ankündigung und allgemeinen Darstellungen zum Erhebungsinhalt, zur Methodik und zum Nutzen. Oft wurde der Bezug zu den früheren Volkszählungen 1981 in der DDR und 1987 in Westdeutschland hergestellt. Die Begriffe Zensus und Volkszählung werden gleichermaßen verwendet, hin und wieder ist von den damaligen Widerständen, Massen-

² Für diesen Teil des Berichts hat Frau Mara Ding dankenswerterweise eine erste Fassung erstellt.

protesten und Boykottaufrufen im Westen die Rede. Damit verbunden werden Andeutungen über eine eventuelle Neuauflage solcher Opposition gemacht. Es finden sich auch Hinweise auf politische Bewertungen (z.B. auf die Ablehnung des Zensus durch Die Linke) und auf ein potentiell Streitthema, nämlich die Abfrage der Religionszugehörigkeit. Ein regionaler Bezug wird eher selten hergestellt, obwohl ein großer Teil der Texte aus dieser Zeit in regionalen Zeitungen veröffentlicht wurde.

Im ersten Quartal des Jahres 2010 tauchen in der Berichterstattung deutliche Wertungen zum Thema Zensus 2011 auf: Einerseits wird die hohe finanzielle Belastung thematisiert, die der Zensus mit sich bringt. Hierzu erscheinen auch regionale Bezüge, wenn nämlich die Kosten angesprochen werden, die auf die einzelnen Bundesländer, Kreise und Kommunen zukommen würden. Andererseits finden sich Verweise auf Datenschutz und Datensicherheit – oft im Zusammenhang mit der oben erwähnten Skepsis gegenüber der Erhebung der Religionszugehörigkeit. Selten findet dabei jedoch der Umstand Erwähnung, dass es sich dabei um eine freiwillige Angabe handeln würde. Vor allem in ausführlicheren Artikeln ist im Zusammenhang mit dem Zensus wiederholt von der Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung die Rede, dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und plakativ von der Gefahr des „Überwachungsstaats“.

Im zweiten Quartal 2010 treten gehäuft regionale Bezüge in der Berichterstattung auf, vor allem die Kostenfrage, das Thema Datenschutz wird weiter behandelt und auch gegen den Nutzen des Zensus (bedarfsgerechte staatliche Planung) abgewogen. Öfter wird die Verantwortung der Bundesregierung insofern relativiert als auf die Vorgaben der EU und deren Umsetzung im Zensusanordnungsgesetz verwiesen wird. Es finden sich auch Hinweise auf die in Vorbereitung befindliche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht durch den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. Anlässlich der Einreichung dieser Klage erreichte die Beschäftigung der Presse mit dem Thema im letzten Juli dann ihren Höhepunkt.

Die in diesem Monat veröffentlichten Artikel decken die ganze Bandbreite der bisher schon thematisierten Aspekte zum Zensus ab. Sie behandeln die Bezeichnung der Zählung („Volkszählung war gestern – Zensus ist Morgen“) mit dem Unterton, dass das Reizwort „Volkszählung“ diesmal bewusst gemieden werden solle. Der Nutzen

für Politik und Gesellschaft (Wahlkreiseinteilung, kommunaler und Länderfinanz- ausgleich, Bedarf an Krankenhäusern, Kindergärten etc.) wird gegenüber den Kosten abgewogen. Die Hauptbestandteile und Methodik des Zensus werden dargestellt: Stichprobenerhebung, Zusammenführung von Registern, Vollerhebung bei Gebäude- eigentümern. Auf die Erhebungsinhalte des Zensus wird eingegangen, wobei die Abfrage der Religion keine große Rolle mehr spielt. Es finden sich Hinweise auf die letzten Volkszählungen und das einschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Recht auf informationelle Selbstbestimmung). Angesichts der Klageerhebung stehen jedoch stark im Vordergrund Aspekte des Datenschutzes und der eingereichten Verfassungsklage, die gegen den Zensus gesammelten 13.000 Unterschriften, die für bis zu vier Jahren vorgesehene Speicherung der Daten, die zu vergebende Identifikationskennziffer (nur selten wird erwähnt, dass es sich um eine reine Ordnungsziffer handelt, die Rückschlüsse auf oder Verbindungen zu anderen Datenbeständen nicht ermöglichen soll), ganz allgemein schließlich die Gefahr des „gläsernen Bürgers“.

Nach dem Aufmerksamkeitsgipfel im Juli 2010 treten in der Presse wieder eher technische Informationen zum Zensus in den Vordergrund, etwa zur Auskunftspflicht und damit verbunden „Zwangsgeldern“, zur Aufklärungs- und Werbekampagne des Statistischen Bundesamtes, über die regionale Suche nach Erhebungsbeauftragten und -helfern, die Einrichtung von Zensus-Büros und -Dienststellen, die Vorbereitung des Zensus ganz allgemein. Die Ablehnung der Klage durch das Bundesver- fassungsgericht fand lange nicht einen so starken Niederschlag in der Presse wie ihre Einreichung. Kurzfristig wurde aus diesem Anlass nochmals stellenweise über Kritik und Bedenken gegen den Zensus berichtet (bezüglich Datenschutz, Ver- fassungsfragen, Erhebung von Religion, Ordnungsnummern etc.). Wahrscheinlich weil die Klage nicht entschieden, sondern gar nicht angenommen wurde, ein grundsätzlicher Spruch des Verfassungsgerichts also gar nicht erging, hielt sich das journalistische Interesse in engen Grenzen.

Das Jahr 2011 beginnt in der Berichterstattung zum Zensus mit einem potentiellen „Skandal“. Es wird nämlich über angebliche Infiltrationsversuche der NPD berichtet. NPD-Funktionäre hatten dazu aufgerufen, Zähler zu rekrutieren oder einzu- schleusen, um politische Gegner „aufzuklären“. In diesem Zusammenhang geriet

natürlich auch wieder das Thema der Sicherheit der erhobenen Daten in den Blick. Nach dem Abklingen dieser Aufregung fanden sich dann eher wieder angesichts des Heranrückens des Stichtags breitere und differenzierte Artikel zum Thema Zensus, die neben seinen technischen Details vor allem von seiner Einbettung in die Datenschutzproblematik und dem gesellschaftlichen Umgang damit handeln (Verweise auf Facebook, Google Street View etc.). Ferner geht es um die Klärung der Frage, warum sich dieses Mal – im Vergleich zu 1987 – so wenig Widerstand in der Bevölkerung regt. Angesichts der Krisen in Nordafrika und der Katastrophe in Japan verschwindet die Thematik dann für alle politischen Zwecke von der Bildfläche.

Insgesamt fand also der Zensus 2011 nur einen relativ geringen Niederschlag in der Presseberichterstattung, was mangels massiver politischer Kontroversen um das Thema kaum verwundern kann. Wenn überhaupt, wurden Erhebungsinhalte behandelt, Abwägungen von Kosten und Nutzen, (regionale und lokale) Organisationsfragen, Aspekte von Datenschutz und Datensicherheit. Besondere Aufmerksamkeit fanden Versuche, die Opposition dagegen zu bündeln. Da diese nicht sonderlich stark organisiert und kaum von parteipolitischer Polarisierung begleitet waren, blieben sie ohne breite Wirkung. Damit fehlte über weite Strecken die Nachrichtenwürdigkeit. Ängste in der Bevölkerung und Protestbewegungen eignen sich besser als Medieninhalte als Indifferenz oder Akzeptanz. Die restlichen Wochen der Vorbereitung und die anschließende Durchführung des Zensus 2011 dürften also mit einiger Sicherheit ebenfalls in einem ruhigen medialen Umfeld verlaufen, wenn sich nicht noch völlig unvorhersehbare Entwicklungen einstellen.

3. Daten

Die in diesem Bericht präsentierten Ergebnisse stammen aus einer Online-Befragung, die zwischen dem 22. und 30. Oktober 2010 vom Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) bei Befragten aus einem Online-Access-Panel durchgeführt wurde. Befragt wurden Personen ab 18 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit. Da in Online-Access-Panels Personen mit niedrigerem Lebensalter und höherer formaler Bildung in der Regel stark überrepräsentiert sind, wurde bei der Einladung aus dem Befragtenpool eine Quotierung angewandt. Jeweils die Hälfte der Interviews sollten bei Männern beziehungsweise Frauen durchgeführt werden. Hinsichtlich der Schulbildung sollten 35 Prozent der Befragten höchstens einen Hauptschulabschluss oder vergleichbare Abschlüsse aufweisen, 40 Prozent einen Realschulabschluss oder vergleichbares und 25 Prozent schließlich Abitur, Fachhochschulreife oder ähnliche Abschlüsse. In die Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren sollten 25 Prozent der Befragten fallen, bis 39 Jahre weitere 20 Prozent, bis 49 Jahre 25 Prozent, bis 59 Jahre 15 Prozent und 60 Jahre oder älter sollten schließlich 15 Prozent der Befragten sein. Diese Quotenvorgaben wurden sehr genau realisiert. Ziel der Stichprobenziehung waren rund 1000 verwertbare Interviews. Nach Abzug von 78 abgebrochenen Befragungen blieben 1149 Interviews übrig.

Diese Interviews wurden jedoch nicht alle in die Auswertungen einbezogen. Bei Online-Befragungen besteht immer das Problem, dass manche Befragte sehr schnell mit dem Interview fertig sind. In der Regel handelt es sich dabei um „Prämienjäger“, welche die Vergütung für das Interview einstreichen wollen, ohne die Befragung wirklich ernst zu nehmen. Sie kürzen die Befragungszeit dadurch ab, dass sie nach verschiedenen Methoden den Fragebogen schnell „durchklicken“. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie etwa Anklicken einer beliebigen Option, ohne den Fragetext zu lesen, zur nächsten Seite weiter zu klicken, wenn das durch die Fragebogen-Programmierung erlaubt ist, ohne eine substantielle Antwort zu geben, oder das Anklicken immer derselben Position in längeren Fragebatterien. Die Identifikation und Entfernung solcher Interviews aus dem Datensatz hat immer auch einen willkürlichen Charakter, weil nie auszuschließen ist, dass ein sehr schnell den Fragebogen beantwortender Proband hohe Kenntnisse über die Materie hat und deshalb wirklich rasch fertig werden kann. Im vorliegenden Fall wurde wie folgt

vorgegangen: Für jede Bildschirmseite wurde ermittelt, wie lange es im Median dauerte, bis die nächste Bildschirmseite aufgerufen wurde. Die tatsächliche Bearbeitungszeit jedes Befragten wurde dann zu diesem als 100 gesetzten Median in Beziehung gesetzt. Dieser Anteilswert wurde dann für jeden Befragten über alle Bildschirmseiten des Interviews hinweg gemittelt. Befragte mit einem mittleren Wert von 40 und darunter wurden aus der Auswertung ausgeschlossen. Es handelte sich dabei um 126 Fälle, so dass in die Auswertungen diejenigen 1023 Befragten eingehen, die nach diesem Kriterium nicht als „Zeit-Unterschreiter“ identifiziert werden. Die mittlere Befragungsdauer bei den 1149 vollständig ausgefüllten Interviews betrug knapp 14 Minuten, bei den in die Auswertung einbezogenen 1023 Fälle knapp 15 Minuten.

Mit der Einladung von Befragten aus dem Access-Panel-Pool nach vorgegebenen Quoten ist „Repräsentativität“ der Stichprobe nicht ohne weiteres gegeben. Es wird dadurch lediglich verhindert, dass Verzerrungen durch die Mitgliedschaft in solchen Access-Panels voll durchschlagen. Repräsentativität ist ohnehin ein Begriff, der im Zusammenhang mit Online-Erhebungen mit größter Vorsicht verwendet werden sollte. Logischerweise können Online-Erhebungen nur bei Personen durchgeführt werden, die online sind. Bei einer gegenwärtigen Internet-Penetrationsrate in Deutschland von ungefähr 70 Prozent kann eine Online-Befragung schon deshalb nicht selbstverständlich als repräsentativ betrachtet werden. Hinzu kommt, dass die Angehörigen eines Online-Access-Panels keine Zufallsauswahl aus der Bevölkerung darstellen, die prinzipiell online ist. Vielmehr kommen hier weitere Selektionsprozesse zum Tragen, wobei insbesondere Internetaffinität und der Wunsch nach Erhalt der angebotenen finanziellen Anreize für die Teilnahme an Online-Befragungen eine Rolle spielen. Im Ergebnis sind die Angehörigen von Online-Access-Panels in der Regel deutlich jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt und es befinden sich unter ihnen deutlich überproportional Personen mit höherer formaler Bildung und geringerer Einbindung in sehr zeitaufwendige Berufstätigkeit. Auf Grund dieser Verzerrungen bei der Rekrutierung des ursprünglichen Befragtenpools befinden sich darin häufig auch weniger Anhänger bürgerlicher und etablierter Parteien, während Wähler der Grünen deutlich überrepräsentiert sind.

Da die Verzerrungsprozesse bei der Rekrutierung für eine Online-Befragung prinzipiell nicht genau rekonstruiert werden können, ist die Arbeit mit den ungewichteten Daten eher nicht zu empfehlen. Vielmehr sind die Daten so zu gewichten, dass sie auf einer Reihe von Soll-Größen einer bekannten Zielpopulation entsprechen. Die für die Zwecke dieses Berichts erhobenen Daten enthalten zwei Gewichte, nämlich einerseits eines, welches die Befragten nach Alter, Geschlecht und Schulbildung an die bekannten Verteilungen bei Personen anpasst, welche Online-Zugang haben, und andererseits eines, welches nach denselben Merkmalen an die letzten verfügbaren Daten aus dem Mikrozensus anpasst. Für die Auswertungen für diesen Bericht wurde das zweite der genannten Gewichte verwandt, also eine Anpassung an den Mikrozensus. Allerdings sollte man nicht meinen, dass durch derartige Gewichtungen notwendigerweise „Repräsentativität“ garantiert wird. Natürlich stimmen nach derartiger Gewichtung die Verteilungen von Alter, Geschlecht und Schulbildung mit den amtlichen Daten überein. Sollte es jedoch in der Stichprobe Verzerrungen geben, etwa im Hinblick auf Parteipräferenz oder politisches Interesse, die nicht durch die Verzerrungen auf den genannten sozialstrukturellen Merkmalen bedingt sind – wovon in der Regel auszugehen ist – dann kann dies durch die Gewichtung nicht beseitigt werden. Eine eher „linke“ oder politisch besonders interessierte Stichprobe bleibt dann auch nach der Durchführung der Gewichtung eine solche. Deshalb sollten alle deskriptiven Aussagen in diesem Bericht mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden. Es ist aus diesem Grund hier auch weniger von Mittelwerten und Randverteilungen von Merkmalen die Rede als sich das vielleicht derjenige wünscht, der einfach nur wissen möchte, wie viel Prozent der Bevölkerung „für“ oder „gegen“ etwas sind usw.

Allerdings besteht in der einschlägigen methodologischen Literatur weitgehend Konsens darüber, dass Zusammenhänge zwischen Merkmalen gegenüber solchen durch sozialstrukturelle Gewichtungen nicht beseitigbaren Verzerrungen von Stichproben wesentlich robuster sind als die Verteilungen oder Mittelwerte. Deshalb wird in diesem Bericht mehr Wert auf solche Teile der Analyse gelegt als auf die reine Deskription. Hierbei können wir auch bei einer Online-Erhebung mit allen ihren Problemen zuversichtlicher sein, dass beobachtete Zusammenhänge auch in der Bevölkerung insgesamt so oder so ähnlich bestehen.

Die Fragen, die im Oktober 2010 in dieser Online-Befragung zum Zensus gestellt wurden, wurden zum (kleinen) Teil bereits früher schon einmal erhoben. Als einer der vier Principal Investigators der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen ihrer Langfrist-Förderung finanzierten German Longitudinal Election Study (GLES) hatte der Verfasser im Frühjahr 2009 die Möglichkeit, entsprechende Fragen in zwei Tracking-Studien der GLES zu schalten. Diese wurden ebenfalls online durchgeführt (aus dem gleichen Access-Panel wie die Hauptstudie vom Oktober 2010). Im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 wurden ab April monatliche Online-Querschnitte befragt. Dabei wurde in die Erhebungen vom April und Mai 2009 jeweils ein kurzer Fragenkomplex zum Zensus eingebaut. Im April ging es dabei vorwiegend um Wissen und Kenntnisse zum Zensus und zu Volkszählungen, während im Mai 2009 Bewertungen, Meinungen und Einstellungen zum Zensus im Vordergrund standen und nur einige wenige Wissensfragen wiederholt wurden. Hinsichtlich der Gewichtung gilt für diese beiden Vorstudien analog das oben Gesagte. Auch hier wurde durch entsprechende Gewichtung die Anpassung an den neuesten verfügbaren Mikrozensus sichergestellt. Soweit aus diesen beiden Vorerhebungen Vergleichsdaten zu den Werten vom Herbst 2010 zur Verfügung stehen, sind sie in die ersten Tabellen dieses Berichts aufgenommen worden. Damit lassen sich in einem gewissen Umfang Entwicklungen verfolgen, die sich zwischen zwei Jahren vor dem Zensus 2011 und etwas über einem halben Jahr vor dessen Stichtag zugetragen haben. Für die eigentlichen analytischen Teile dieses Berichts, in denen über die Zusammenhänge zwischen Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus und anderen Größen berichtet wird, spielen die Daten aus diesen beiden Vorerhebungen jedoch keine Rolle, weil angesichts der Zeitbegrenzung auf ca. fünf Minuten damals nur relativ wenige Merkmale erhoben werden konnten.

4. Deskription

4.1. Kenntnisse zum Zensus

Gut bekannt war der Zensus 2011 im Frühjahr 2009 und im Herbst 2010 nicht wirklich. Ungefähr 15 Prozent der Befragten gaben an, davon gehört zu haben. Dabei machte es aber einen sehr großen Unterschied, ob nach „Zensus“ oder „Volkszählung“ gefragt wurde. Bei der letzteren Vorgabe, welche bei den beiden Erhebungen vom Frühjahr 2009 jeweils zufällig ausgewählt eine Hälfte der Probanden erhielt, sagten fast die Hälfte der Befragten, dass sie von einer Volkszählung 2011 bereits gehört hätten. Der Begriff „Zensus“, der offiziell für das Jahr 2011 verwendet wird, ist also hinsichtlich des Wiedererkennungswerts in der Bevölkerung nicht unproblematisch. Auf der einen Seite kann man natürlich durch seine Verwendung versuchen, die Neuartigkeit des Erhebungsverfahrens zu unterstreichen, andererseits verzichtet man darauf, dass mit dem vertrauten Begriff der Volkszählung an ein vorhandenes Vorverständnis angeknüpft werden kann (Tabelle 1). Auffällig ist, dass sich an der mangelnden Bekanntheit von „Zensus“ von den ersten beiden bis zur letzten Erhebung praktisch nichts geändert hat.

Fragt man diejenigen, die vom Zensus oder der Volkszählung im Jahr 2011 bereits einmal gehört haben, danach, woher sie entsprechende Informationen haben, dann hat man es natürlich mit ziemlich geringen Fallzahlen zu tun, weil solche Fragen nur an diejenigen gestellt werden können, die von der Volkszählung gehört haben. Dennoch kann man ein relativ klares Muster erkennen. Vom Zensus 2011 haben die Befragten am häufigsten aus dem Internet und aus der Zeitung gehört, gefolgt vom Fernsehen. Vergleichsweise eine geringe Rolle spielen Radiosendungen und Gespräche mit Bekannten und Freunden. Bei den beiden ersten Erhebungen wurde wiederum zufällig danach aufgeteilt nachgefragt, ob vorher nach der Bekanntheit des Zensus oder der Volkszählung 2011 gefragt worden war. Hierbei fällt auf, dass für die Bekanntheit der nächsten „Volkszählung“ das Internet eine mit großem Abstand geringere Rolle spielt als für die Bekanntheit des „Zensus“. Hierfür könnte einerseits verantwortlich sein, dass man bei der Suche im Internet nach entsprechenden Informationen leichter auf den Begriff „Zensus“ als auf „Volkszählung“ stößt, weil im Zusammenhang mit der für diesen Mai vorgesehenen Erhebung natürlich der

offizielle Begriff dort häufiger anzutreffen ist, etwa auf allen Webseiten statistischer Ämter. Andererseits könnte es aber auch sein, dass die Befragten während des Ausfüllens des Fragebogens die entsprechenden Suchbegriffe nebenher in Suchmaschinen eingaben und dabei mit „Zensus 2011“ wesentlich häufiger Treffer landeten, so dass dieses Medium deutlich häufiger als dasjenige angegeben wird, aus dem man vom Zensus 2011 gehört hat.

Tabelle 1: Kenntnisse über Zensus 2011 und frühere Volkszählungen

	Oktober 2010	Mai 2009	April 2009
Von „Zensus 2011“ gehört (%)	15,2	14,6	13,4
Von Volkszählung 2011 gehört (%)	-	47,7	46,7
Von „Zensus 2011“ gehört von/in (%): ^d			
Zeitung	38,7	36,9	44,9
Internet	43,9	41,7	39,7
Radio	19,9	11,5	14,7
TV	30,3	35,9	29,4
Bekanntem, Freunden	19,9	8,3	10,3
Von Volkszählung 2011 gehört von/in (%): ^d			
Zeitung	-	30,3	35,9
Internet	-	10,0	17,4
Radio	-	21,7	22,3
TV	-	47,8	41,4
Bekanntem, Freunden	-	16,6	8,8
Ja, es gab schon mal eine Volkszählung in Deutschland (%)	89,7	-	91,5
Ja, ich weiß, wann das war (%): ^e	25,8	-	26,1
Richtige Angabe des Jahres der letzten Volkszählung (%): ^f	12,7	-	8,2

-: Nicht erhoben.

d: Mehrfachnennungen möglich; nur bei denjenigen befragt, die angegeben hatten, von „Zensus 2011“ bzw. Volkszählung 2011 gehört zu haben.

e: Nur bei denjenigen befragt, die angegeben hatten, dass es schon einmal eine Volkszählung in Deutschland gab.

f: Nur bei denjenigen befragt, die angegeben hatten, dass sie das Jahr der letzten Volkszählung wüssten. Als „richtig“ wurden 1985-1989 gezählt, bei Ostdeutschen oder in Ostdeutschland geborenen Befragten auch 1979-1983.

Auf die Frage, ob es in Deutschland schon einmal eine Volkszählung gab, sagen rund 90 Prozent, dass dies der Fall war. Auf die Nachfrage, ob sie denn wüssten, wann dies zum letzten Mal der Fall war, antworten jedoch nur ein Viertel der Probanden, dass sie dies wüssten. Fragt man diejenigen, die auch diese zweite Frage bejahen, dann nach dem Jahr der letzten Volkszählung, erhält man ausgesprochen wenige zutreffende Antworten. Dabei wurde in Tabelle 1 ein sehr

großzügiges Kriterium angewendet, um zu beurteilen, ob eine Angabe einer Jahreszahl als richtig gewertet wird. Für westdeutsche Befragte wurden Jahresangaben zwischen 1985 und 1989 als zutreffend gewertet, also jeweils auch bis zu zwei Jahre vor oder nach dem tatsächlichen Ereignis. Bei Personen aus Ostdeutschland oder solchen, die dort geboren wurden, wurden auch Angaben zwischen 1979 und 1983 als korrekt gewertet. Es wäre ja denkbar, dass solche Probanden sich eher an die letzte Volkszählung in der DDR im Jahre 1981 entsinnen als an die letzte Volkszählung in Westdeutschland 1987. Dennoch sind es im April 2009 nur acht und im Herbst 2010 nur 13 Prozent der Gesamtstichproben, welche nach diesem lockeren Kriterium den Zeitpunkt der letzten Volkszählung richtig angeben können. Eine gewisse Verbesserung des Informationsstandes mag man vielleicht daran ersehen, dass in der früheren Erhebung von denjenigen, die sagten, sie wüssten das Jahr der letzten Volkszählung, nur knapp über 30 Prozent eine zutreffende Jahresangabe machten, während es im Herbst 2010 knapp die Hälfte war.

Dementsprechend verwundert es auch nicht, dass die Befragten sich zum Zensus 2011 subjektiv als ziemlich uninformiert fühlen. Die entsprechende Frage wurde im April 2009 und dann im Herbst 2010 gestellt. Zu beiden Zeitpunkten liegt der Mittelwert noch unterhalb dem Skalenpunkt für die Aussage, dass man sich darüber schlecht informiert fühle. Angesichts der geringen Bekanntheit der kommenden und von früheren Volkszählungen kann dies als eine realistische Selbsteinschätzung bezeichnet werden. Diese relativ geringen Kenntnisse erstrecken sich jedoch nicht unbedingt auf die Erhebungsinhalte einer Volkszählung (Tabelle 2). Hier wurden 12 Erhebungsgegenstände vorgelegt, zu denen die Befragten einstufen sollten, ob diese im Zensus 2011 ganz bestimmt oder bestimmt nicht erhoben werden würden, wobei Zwischenabstufungen möglich waren. Von diesen 12 Merkmalen gehören acht zum Erhebungsprogramm vieler Volkszählungen, einschließlich der früheren in der Bundesrepublik. Vier Erhebungsgegenstände jedoch sind nicht Gegenstand von Volkszählungen, nämlich das Einkommen, ob sich ein Fernseher im Haushalt befindet, wie viel Steuern bezahlt werden und wie man bei Bundestagswahlen wählt.

Tabelle 2: Kenntnisse über Zensus 2011

	Oktober 2010	Mai 2009	April 2009
Subjektiver Informationsstand zum Zensus 2011 ^d	0,19	-	0,18
Was wird im Zensus erhoben: ^e			
Staatsangehörigkeit	0,89	-	0,92
Alter	0,85	-	0,90
Wohnsitz	0,81	-	0,87
Familienstand	0,73	-	0,83
Erwerbstätigkeit	0,60	0,65	0,64
Schulbildung	0,57	-	0,66
Arbeitslosigkeit	0,54	-	0,65
Religion	0,52	0,59	0,63
Einkommen	0,39	0,50	0,45
Fernseher im Haushalt	0,30	0,35	0,34
Bezahlte Steuern	0,26	0,38	0,30
Wahlverhalten	0,24	-	0,22
Mittlere Kenntnisse über 12 Erhebungsinhalte	0,69	-	0,73
Beantwortung ist Pflicht (%)	66,4	56,0	71,6
Nur ein Teil der Bevölkerung wird befragt (%)	37,2	30,9	22,8
Statistische Ämter können andere Datenbanken nutzen (%)	43,3	37,8	36,8
Angabe auf offene Frage nach „registriertem Zensus“ (%)	36,7	-	26,2
Zutreffende Angabe auf offene Frage nach „registriertem Zensus“ (%)	19,4	-	13,0
Zutreffende Angabe auf offene Frage bei denjenigen mit einer Angabe (%)	53,0	-	49,6
Bevölkerung ist für oder gegen Zensus ^f	0,49	0,47	-
Verwandte und Freunde sind für oder gegen Zensus ^f	0,54	-	-

-: Nicht erhoben.

d: Skala mit fünf Punkten von 0 (überhaupt nicht informiert) bis 1 (sehr gut informiert).

e: Skala mit vier Punkten von 0 (bestimmt nicht) bis 1 (bestimmt).

f: Skala mit vier Punkten von 0 (die meisten dagegen) bis 1 (die meisten dafür).

Die Reihenfolge der Nennungen der erhobenen Merkmale ist in beiden Zeitpunkten, in denen diese Frage vollständig gestellt wurde, weitgehend identisch. Von Staatsangehörigkeit, Alter und Wohnsitz meinen die meisten Befragten, dass dies im Zensus 2011 gefragt würde. Alle acht tatsächlich gefragten Merkmale rangieren im Mittel über dem Skalenmittelpunkt, werden also im Mittel der Befragten eher als solche eingeschätzt, die tatsächlich auch erhoben werden. Die vier tatsächlich nicht erhobenen Merkmale andererseits rangieren alle deutlich unter dem Skalenmittelwert, eine Mehrheit der Probanden geht also davon aus, dass diese Merkmale eher nicht oder bestimmt nicht erhoben werden. Kombiniert man diese 12 Antworten zu einer zusammengefassten Skala für die Richtigkeit der Kenntnisse über den Erhebungsinhalt einer Volkszählung, dann zeigen sich die Befragten dabei durchaus

als ganz gut informiert. Würden alle Befragten bei allen Merkmalen genau zutreffend sagen, dass sie bestimmt oder bestimmt nicht erhoben werden, dann würde diese Skala einen Mittelwert von eins aufweisen, tatsächlich wird in beiden Erhebungen vom Frühjahr 2009 und Herbst 2010 ein Wert von 0,7 registriert.

Ebenfalls einen noch eher informierten Eindruck machen die Befragten hinsichtlich der Frage, ob die Beantwortung von Fragen bei einer Volkszählung Pflicht ist. Zwischen den drei in Tabelle 2 aufgeführten Zeitpunkten schwanken die Angaben etwas. Im Herbst 2010 meinten etwa zwei Drittel der Befragungspersonen, dass man auf die bei einer Volkszählung gestellten Fragen zu antworten habe. Ganz anders sieht es mit den weiteren in Tabelle 2 enthaltenen Fragen aus. Dass der Zensus 2011 nur bei einer Stichprobe der Bevölkerung durchgeführt wird, meinten im April 2009 weniger als ein Viertel der Stichprobe, einen Monat später waren es ungefähr 30 und im Herbst 2010 immer noch nur 37 Prozent. Große Mehrheiten hatten also nicht davon gehört oder verstanden, dass 2011 erstmals gerade keine Vollerhebung durchgeführt wird. Auch ein anderes Grundprinzip des registergestützten Zensus war deutlich mehr als der Hälfte der Befragten nicht bekannt. Dass die statistischen Ämter für die Zwecke des Zensus 2011 auf andere Datenbanken zurückgreifen können, bejahten 2009 rund 37 und im Herbst 2010 43 Prozent der Befragten.

Noch niedriger sieht der Wissensstand in der Bevölkerung um die Kernelemente des registergestützten Zensus aus, wenn man mit einer offenen Frage direkt danach fragt, was dieser Begriff bedeutet. Im April 2009 machten rund drei Viertel der Befragten auf diese Frage gar keine Angabe, im Herbst 2010 waren es immer noch fast zwei Drittel. Für die Klassifikation, ob eine Antwort auf diese offene Frage als richtig gewertet wird, wurde wiederum ein recht lockerer Maßstab angelegt. Alle Antworten, die irgendwie auf Nutzung von Datenbanken, die bereits vorhanden sind, Verknüpfung von Datenbanken, Nutzung anderer Informationen usw. hindeuten, wurden als richtig gewertet. Dennoch sind es 2009 nur 13 und 2010 knapp 20 Prozent der Gesamtstichproben, deren Antworten auf die offene Frage als ungefähr in die richtige Richtung weisend gewertet werden können. Allerdings ist das (möglicherweise wegen der sehr liberalen Klassifikation als „richtig“) immerhin in beiden Zeitpunkten rund die Hälfte der gegebenen Antworten. Man kann also zusammenfassen, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten, ungestützt, also mit

eigenen Worten, überhaupt nichts zur Bedeutung des Begriffs „registergestützter Zensus“ sagen kann. Wenn allerdings überhaupt Antworten dazu formuliert werden, dann gehen sie zumindest der Tendenz nach zur Hälfte in die richtige Richtung.

In den beiden letzten Zeilen von Tabelle 2 sind auch noch zwei weitere Fragen mit ihren Ergebnissen aufgeführt, die nicht unbedingt mit Kenntnissen zu tun haben, sondern mit der Wahrnehmung der Haltung von Bevölkerung und engerem sozialem Umfeld zum Zensus. Diese erste Frage nach der Haltung der gesamten Bevölkerung zum Zensus wurde auch bereits im Mai 2009 gestellt und brachte damals fast das identische Ergebnis wie im Herbst 2010, dass nämlich die Haltung zum Zensus in der gesamten Bevölkerung als ungefähr ausgewogen hinsichtlich Befürwortung und Ablehnung gesehen wird. Im direkten sozialen Umfeld sieht es nicht viel anders aus, allerdings wird dieses als etwas aufgeschlossener gegenüber dem Zensus wahrgenommen als die Bevölkerung insgesamt. Es scheint also so als gäbe es keinen Druck durch Wahrnehmung einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung in der einen oder anderen Richtung, den die Befragten als Veranlassung zur Anpassung betrachten könnten.

Tabelle 3: Frageformulierungseffekte auf Kenntnisse – „Zensus“ vs. „Volkszählung“, April 2009

	Zensus	Volkszählung
Ja, es gab schon einmal eine Volkszählung in Deutschland (%)	90,6	92,4
Ja, ich weiß, wann das war (%)	28,4	23,6
Richtige Angabe des Jahres der letzten Volkszählung (%)	8,4	7,9
Subjektiver Informationsstand zum Zensus 2011	0,18	0,19
Mittlere Kenntnisse über 12 Erhebungsinhalte	0,74	0,73
Beantwortung ist Pflicht (%)	68,1	75,4 ^b
Nur ein Teil der Bevölkerung wird befragt (%)	21,3	24,4
Statistische Ämter können andere Datenbanken nutzen (%)	36,8	36,7
Zutreffende Angabe auf offene Frage nach „registergestütztem Zensus“ (%)	12,4	13,6

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 1 und 2.

Wie bereits erwähnt, wurde in der ersten Erhebung vom April 2009, die diesem Bericht zugrunde liegt, der Stimulus „Zensus“ oder „Volkszählung“ experimentell bei einer Reihe von Fragen variiert. Deshalb ist es nun zum Schluss dieses Abschnitts noch möglich, die Wirkung dieser Frageformulierung auf die Kenntnisse über den Zensus 2011 zu betrachten (Tabelle 3). Man kann das Ergebnis sehr knapp

zusammenfassen. Es macht überwiegend keinen Unterschied, ob man die Leute danach befragt, ob es schon einmal eine Volkszählung oder einen Zensus gegeben habe, wann das war, ob sie sich gut oder schlecht dazu informiert fühlen oder wie bestimmte Vorkehrungen und Vorgehensweisen bei der Volkszählung aussehen werden. Bei einem einzigen Merkmal ergibt sich ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den beiden Formulierungen von entweder „Zensus“ oder „Volkszählung“. Es handelt sich dabei um die Frage, ob bei einem Zensus bzw. einer Volkszählung die Beantwortung der gestellten Fragen Pflicht sei oder nicht. Hier antworten bei „Volkszählung“ über sieben Prozentpunkte mehr, dass es sich um Pflichtauskünfte handeln würde, während bei der Vorgabe „Zensus“ entsprechend mehr Befragte der Meinung sind, die Beantwortung der gestellten Fragen sei freiwillig. Dies könnte damit zu tun haben, dass der Begriff „Volkszählung“ stärker die Erinnerung an tatsächliche frühere Ereignisse dieser Art aktualisiert, so dass auch der verpflichtende Charakter solcher Zählungen eher präsent wird.

4.2. Einstellungen zum Zensus

Wie bereits im Teil über die Daten ausgeführt, wurden Fragen, die auf Bewertungen der Volkszählung und Einstellungen zum Zensus abzielen, im Frühjahr 2009 überwiegend im Mai befragt, während Wissens- und Kenntnisfragen im April 2009 erhoben wurden. Deshalb sind Vergleichswerte in den Tabellen 4 und 5 nur für Mai 2009 enthalten. Tabelle 4 stellt die Antwortbereitschaft hinsichtlich der 12 Merkmale dar, für die in Tabelle 2 aufgeführt ist, ob die Befragten meinen, dass sie in einer Volkszählung erhoben würden oder nicht. Zusammen mit Abbildung 1 ergibt sich ein relativ klares Bild. Die Reihenfolge der Merkmale ist hinsichtlich der Antwortbereitschaft ziemlich ähnlich zu der Verbreitung der Auffassung, dass solche Dinge tatsächlich im Zensus erhoben werden. Dasjenige, von dem man meint, dass es in einer Volkszählung erfragt wird, wird auch eher beantwortet, während diejenigen Dinge, die in Volkszählungen nicht zum Standardprogramm gehören, auch eher auf Verweigerung stoßen würden, wenn man sie mit zu erheben versuchte. Bei allen acht tatsächlich zum Fragenprogramm gehörigen Merkmalen liegt die Antwortbereitschaft mindestens beim Skalenmittelpunkt oder deutlich höher. Letzteres ist der Fall für Schulbildung, Berufstätigkeit, Familienstand, Adresse, Alter und Staatsangehörigkeit. Unter tatsächlich in einer Volkszählung abgedeckten Merkmalen werden

Religion und ob man arbeitslos ist als am wenigsten wahrscheinliche Erhebungsinhalte betrachtet und die Antwortbereitschaft ist am geringsten. Bei der Arbeitslosigkeit ist dies wohl wegen der befürchteten sozialen Stigmatisierung der Fall, bei der Religion könnte es sein, dass einige Befragte in der Presse mitbekommen haben, dass es über die Aufnahme dieses Merkmals in den Katalog des Zensus 2011 Diskussionen gab, außerdem handelt es sich um ein wesentlich „persönlicheres“ Merkmal als Beruf oder Anschrift.

Abbildung 1: Was wird beim Zensus erhoben, was würde beantwortet

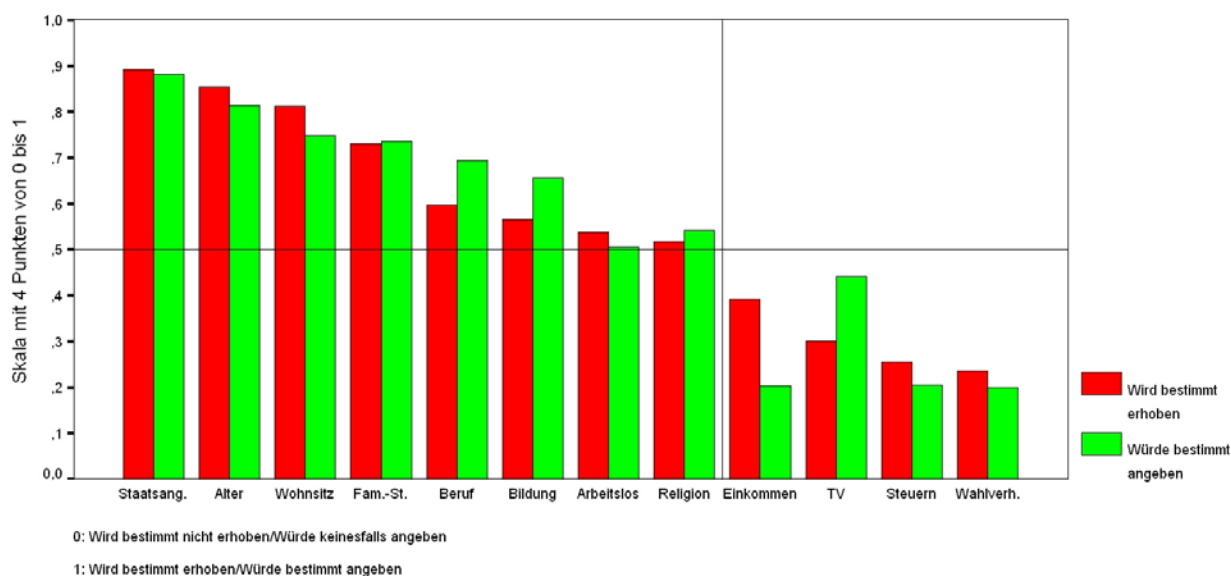


Tabelle 4: Bereitschaft zur Beantwortung von Zensus-Fragen

	Oktober 2010	Mai 2009
Bereitschaft zur Angabe von: ^d		
Staatsangehörigkeit	0,88	0,79
Alter	0,81	0,72
Wohnsitz	0,75	0,61
Familienstand	0,74	0,70
Erwerbstätigkeit	0,69	0,66
Schulbildung	0,66	0,66
Religion	0,54	0,60
Arbeitslosigkeit	0,51	0,61
Fernseher im Haushalt	0,44	0,58
Bezahlte Steuern	0,21	0,39
Einkommen	0,20	0,33
Wahlverhalten	0,20	0,29
Mittlere Bereitschaft, Angaben zu machen:		
Insgesamt	0,56	0,58
Bei erhobenen Merkmalen	0,70	0,67
Bei nicht erhobenen Merkmalen	0,27	0,40

d: Skala mit vier Punkten von 0 (auf keinen Fall) bis 1 (auf jeden Fall).

Hinsichtlich der vier experimentell aufgenommenen Merkmale, die in den meisten Volkszählungen überhaupt nicht erfasst werden, entsprechen die relativ niedrigen Antwortbereitschaften der Wahrnehmung, dass diese Dinge ohnehin nicht Bestandteil der Volkszählung sind – einer zutreffenden Einschätzung. Auffällig ist dabei die Differenzierung zwischen Einkommen, gezahlten Steuern und Wahlverhalten auf der einen Seite und dem Besitz eines Fernsehgerätes auf der anderen Seite. Die ersten drei Dinge sind sehr persönlicher Natur und die Antwortbereitschaft ist dementsprechend sehr gering. Anders sieht es bei dem Vorhandensein eines Fernsehers im Haushalt aus. Hier ist die Beantwortungsbereitschaft deutlich höher als die Erwartung, so etwas jemals in einer Volkszählung gefragt zu werden. Hintergrund dafür dürfte sein, dass im Gegensatz zu Einkommen, Wahlverhalten und Steuerlast hier nichts wirklich Persönliches zur Debatte steht. Da die allermeisten Haushalte über einen Fernsehapparat verfügen, würde man mit der Auskunft, dass man selbst dazugehört, kaum irgendeine als besonders persönlich empfundene Information preisgeben.

Interessant ist auch der Vergleich zwischen den beiden Zeitpunkten. Insgesamt hat sich die Antwortbereitschaft hinsichtlich dieser 12 Merkmale zwischen den beiden Erhebungen praktisch nicht verändert. Differenziert man dies jedoch nach Merkmalen, die beim Zensus berücksichtigt werden, und solchen, bei denen das nicht der Fall ist, dann sieht man, dass die Schere zwischen diesen beiden Gruppen von Merkmalen sich eher verbreitert hat. Dies ist vor allem auf diejenigen vier Merkmale zurückzuführen, die in Wirklichkeit nicht Teil der Zensus-Erhebungen sind. Während sich die Beantwortungsbereitschaft hinsichtlich der acht tatsächlich erfassten Merkmale nur ganz leicht erhöht hat, ist die Bereitschaft, Angaben zu Fernseher, Steuern, Wahlverhalten oder Einkommen zu machen, durchweg deutlich gesunken. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass mit dem Herannahen des Zensus die Frage danach, was man eigentlich beantworten würde, wenn man befragt wird, ein höheres Ausmaß an Aktualität und weniger hypothetischen Charakter erhält.

Eine Reihe weiterer Einstellungen zum Zensus sind in Tabelle 5 zusammengefasst. Dabei ist im Gegensatz zu Tabelle 4 kein vollständiger Satz von Vergleichsdaten aus dem Frühjahr 2009 enthalten. Im Block der ersten fünf in Tabelle 5 wiedergegebenen Fragen ist mit einer Ausnahme eine neutrale Haltung zum Zensus oder ein mehr

oder weniger deutlicher Überhang positiver Einstellungen erkennbar. Auf einer siebenstufigen Skala von Befürwortung oder Ablehnung überwiegt die Zustimmung mit einem mittleren Skalenwert von ungefähr 0,6 in beiden Erhebungszeitpunkten. Hinsichtlich des Boykotts haben sich die Meinungen von 2009 bis 2010 in Richtung einer stärkeren Ablehnung früherer oder künftiger Boykottmaßnahmen verschoben. Im Herbst 2010 lehnten über 70 Prozent der Befragten den Volkszählungsboykott von 1987 ab und über 80 Prozent gaben an, den Zensus 2011 nicht boykottieren zu wollen. Die erwähnte Ausnahme ist die nächste Frage, nämlich die nach der Befürchtung, dass die bei der Volkszählung erhobenen Daten an andere staatliche Stellen weitergegeben würden. Nur rund ein Drittel der Befragungspersonen gibt an, keine solchen Befürchtungen zu hegen, während ungefähr zwei Drittel solche Ängste artikulieren. Hinsichtlich der Zurückweisung der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den registergestützten Zensus halten sich Befürwortung und Ablehnung ungefähr die Waage.

Der nächste Block in Tabelle 5 berichtet über eine Frage, die im Herbst 2010 erstmals gestellt wurde und bei der die Befragten fünf Dinge danach in eine Rangordnung bringen sollten, wodurch die Selbstbestimmung der Bürger über ihre Daten am stärksten gefährdet sei. Zur Einstufung wurden neben dem Zensus 2011 die Einführung der Steueridentifikationsnummer vorgelegt, die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations-Verbindungsdaten, die Speicherung von Transaktionsdaten zu Kredit- und Bankkarten sowie schließlich die Einführung von geographischen Informationsdiensten wie Google Earth oder Google Street View. Hierbei zeigt sich ganz eindeutig, dass mit großem Abstand Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten und die Speicherung von Geldtransaktionen als am bedrohlichsten angesehen werden. Es folgen mit deutlichem Abstand die Einführung der Steueridentifikationsnummer und danach geographische Informationsdienste, während der Zensus 2011 im Mittel den niedrigsten Rang als Gefahr für die Selbstbestimmung der Bürger über ihre Daten zugewiesen erhält.

Tabelle 5: Einstellungen zum Zensus 2011

	Oktober 2010	Mai 2009
Einverstanden mit Zensus 2011 ^d	0,58	0,62
Ablehnung Boykott 1987 (%)	70,8	57,8
Persönlich kein Boykott 2011 (%)	81,8	73,4
Keine Befürchtung wegen Datenweitergabe (%)	33,7	-
Ablehnung Klage BVerfG begrüßt ^e	0,49	-
Gefährdung der Selbstbestimmung über Daten durch: ^f		
Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten	0,73	-
Speicherung von Geldkartentransaktionen	0,70	-
Steueridentifikationsnummer	0,44	-
Geografische Informationsdienste	0,35	-
Zensus 2011	0,31	-
Aussagen zum Zensus 2011: ^g		
Einwohnerzahl wird bekannt sein	0,62	-
Staat soll Informationen anders beschaffen	0,61	-
Ausländerzahl wird bekannt sein	0,59	-
Bund etc. können Aufgaben besser erfüllen	0,57	0,52
Verwaltung braucht neue Zahlen	0,57	-
Zensus 2011 bringt keine neuen Erkenntnisse	0,53	-
Steuergelder gerechter verteilt	0,52	-
Zensus 2011 verletzt Datenschutz	0,52	0,46
Zensus 2011 baut Überwachungsstaat aus	0,46	-
Daten der Bürger gehen Staat nichts an	0,42	-
Staat hat schon alle Angaben	0,41	-
Zu viele Dinge werden erhoben	0,39	-
Zensus 2011 ist zu teuer	0,30	-
Bußgeld bei Verweigerung	0,29	-
Mittelwert über alle 14 Aussagen	0,49	-
Mittelwert über Einstellungen zum Zensus	0,60	-

-: Nicht erhoben.

d: Skala mit sieben Punkten von 0 (überhaupt nicht einverstanden) bis 1 (voll und ganz einverstanden).

e: Skala mit drei Punkten von 0 (bedauert) bis 1 (begrüßt).

f: Skala mit fünf Punkten von 0 (fünfter Rang) bis 1 (erster Rang).

g: Skala mit fünf Punkten von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu). Die Skala wurde für alle Items, die Ablehnung des Zensus beinhalten, umgedreht.

Im nächsten Block der Tabelle 5 finden sich die Skalenmittelwerte zu 14 Aussagen zum Zensus 2011, die im Fragebogen auf zwei Batterien aufgeteilt waren. Bei diesen Aussagen wurden alle Skalen so angeordnet, dass hohe Werte eine Befürwortung und niedrige Werte eine Ablehnung des Zensus reflektieren. Über alle 14 Skalen hinweg gemittelt ergibt sich eine völlig neutrale Haltung zum Zensus. Vergleicht man die Werte aus Tabelle 5 und ihre Rangordnung mit dem Fragebogen, dann wird ersichtlich, dass auf Aussagen, die auf positive Merkmale und Eigenschaften des Zensus abheben, eher zustimmend reagiert wird, während ablehnende Aussagen ebenfalls deutliche Zustimmung erfahren. Die stärkste Zustimmung erhält die Aus-

sage, dass man nach einer Volkszählung die genauen Einwohnerzahlen von Städten und Gemeinden kennen wird, am niedrigsten ist die Zustimmung zum Zensus in der Frage des Bußgelds bei einer Verweigerung von Antworten. Einer solchen Sanktion wird nur in ganz geringem Maße zugestimmt.

In der letzten Zeile von Tabelle 5 ist schließlich der Mittelwert über alle Einstellungsskalen aus den Tabellen 4 und 5 wiedergegebenen, wobei in diesen Mittelwert aus Tabelle 4 nur die mittlere Bereitschaft, auf tatsächlich erhobene Merkmale Angaben zu machen, und aus der Batterie aus 14 Aussagen zum Zensus 2011 nur der Mittelwert über alle diese Aussagen eingeht. Mit einem Mittelwert von 0,6 ist diese Skala, welche sämtliche Bewertungen und Einstellungen zum Zensus 2011 zusammenfasst, ungefähr auf demselben Niveau wie die in der obersten Zeile von Tabelle 5 wiedergegebene Skala zu Ablehnung oder Zustimmung zum Zensus.

Zum Schluss noch zu einer offenen Frage nach den Gründen für die Ablehnung des Zensus 2011 (Tabelle 6). Diese offene Frage bezog sich nicht auf die eventuell vorhandenen persönlichen Gründe für eine Ablehnung, sondern fragte danach, was die Befragten sich denn an Gründen vorstellen könnten, den Zensus abzulehnen. Diese Formulierung wurde gewählt, weil bei einem nicht unerheblichen Anteil der Befragten persönlich keine oder keine besonders starke Ablehnung des Zensus vorliegt. Bei solchen Personen danach zu fragen, was denn ihre persönlichen Gründe für eine Ablehnung seien, ergibt natürlich keinen Sinn. Deshalb sollten die Befragten sagen, was sie sich als Gründe für eine – bei anderen Menschen ja durchaus vorhandene – Ablehnung des Zensus vorstellen könnten. Knapp ein Viertel der Befragten gab hierzu keine Antwort. Wie immer bei offenen Fragen ist die Klassifikation der in den jeweils individuellen Worten der Befragten gemachten Angaben keine leichte Sache. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil sich die Ausführlichkeit der Antworten auf solche offenen Fragen enorm zwischen Befragten unterscheidet, so dass man bei manchen sehr genau verstehen kann, was sie meinen, bei anderen ist es schwierig, ein oder zwei Stichworte hinsichtlich des intendierten Bedeutungsgehalts einzuordnen.

Tabelle 6: Gründe für Ablehnung des Zensus 2011, Oktober 2010

	Prozent	Prozent der Angaben
Verletzung der Privatsphäre	30,0	39,4
Bedenken wegen Datenschutz	25,7	33,7
Staat hat kein Recht zu erheben	7,9	10,4
Informationen sollten den Staat nicht interessieren	4,7	6,1
Politikverdrossenheit	3,4	4,5
Kosten	1,7	2,2
Staat hat andere Daten	1,3	1,7
Sonstiges	1,6	2,1
Keine Angaben	23,8	-

Die Tabelle enthält die zusammengefassten ersten Nennungen auf die offene Frage, was die beiden wichtigsten Gründe für eine Ablehnung des Zensus 2011 sein könnten. Da nur rund 12 Prozent der Befragten überhaupt eine zweite Nennung angaben, wurden diese nicht dargestellt.

Ungeachtet solcher unvermeidlicher Schwierigkeiten kann man jedoch sagen, dass sich die Befragten überwiegend vor allem zwei große Gruppen von Gründen vorstellen können, warum man eine Volkszählung ablehnen kann. Fast 40 Prozent der gegebenen Antworten beziehen sich in irgendeiner Form darauf, dass eine Volkszählung die Privatsphäre der Bürger verletzt und in unzulässiger Weise in sie eindringt. Ein weiteres Drittel der formulierten Antworten bezieht sich auf Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes, dass die Daten nicht nur für diesen Zweck verwendet werden, innerhalb oder außerhalb der Verwaltung weitergegeben werden usw. Verglichen mit diesen beiden großen Gruppen von Angaben fallen die übrigen Kategorien kaum ins Gewicht. Rund ein Sechstel der Angaben bezieht sich darauf, dass der Staat einerseits kein Recht habe, solche Informationsanforderungen an die Bürger zu stellen, und andererseits – ungeachtet der Rechtsfrage – der Staat gar kein Interesse an den Tatbeständen haben sollte oder könnte, die in einer Volkszählung erhoben werden. Knapp fünf Prozent der Angaben besagen, dass die Bürger wegen allgemeiner Verdrossenheit über die Politik auch gegen eine Volkszählung sein könnten, und nur ganz wenige Antworten lauten, dass der Staat aus anderen Datenbeständen ohnehin schon alles weiß oder dass eine Volkszählung zu teuer ist. Die Spitzenreiter sind jedoch ganz eindeutig die Meinungen, Menschen könnten die Volkszählung ablehnen, weil sie in ihre Privatsphäre eingreift oder weil dabei der Datenschutz nicht gewährleistet sein könnte.

5. Datenreduktion

5.1. Vorbemerkung

Bevor in die Analyse der Zusammenhänge zwischen Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus auf der einen Seite und sozialstrukturellen und politischen Erklärungsgrößen auf der anderen Seite eingetreten wird, erfolgt zunächst eine Zusammenfassung der Einzelmessungen, über die bisher berichtet wurde, um zu einer ökonomischen und übersichtlichen Darstellungsweise zu gelangen. Natürlich könnte man jeden einzelnen Beobachtungswert zum Wissen über die Volkszählung und zu Meinungen dazu zu solchen Prädiktoren direkt in Verbindung setzen. Dies wäre jedoch hochgradig repetitiv, weil die Beobachtungswerte zu einerseits Kenntnissen und andererseits Einstellungen zum Zensus natürlich stark untereinander zusammenhängen. Solche Zusammenhänge werden in diesem Abschnitt kurz dargestellt, um auf dieser Grundlage dann zusammenfassende Skalen für die beiden Hauptdimensionen von Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus einzuführen, mit denen dann im weiteren Verlauf die Analyse bestritten wird.

5.2. Kenntnisse

Das übliche Verfahren zur Datenreduktion ist die (explorative) Faktorenanalyse. Wendet man eine solche mit orthogonaler Rotation auf die verschiedenen einzelnen Beobachtungswerte über Wissen über den Zensus an, dann werden drei Faktoren extrahiert, welche jedoch eine inhaltlich kaum interpretierbare Struktur aufweisen. Dies mag nicht zuletzt daran liegen, dass ein erheblicher Teil der einzelnen Messwerte keine echten Skalen, sondern reine Dichotomien sind (etwa ob eine zutreffende Angabe auf die offene Frage nach der Bedeutung von „registergestütztem Zensus“ gegeben wird oder nicht). Lediglich bei dem subjektiven Gefühl der Informiertheit über den Zensus und den Kenntnissen über 12 abgefragte Erhebungsgegenstände handelt es sich um metrische Skalen.

Lässt man bei der explorativen Faktorenanalyse dieser Variablen Korrelationen zwischen den zu extrahierenden Faktoren zu, dann liegen diese alle über 0,5. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Zerlegung in rechtwinklig aufeinander stehende Faktoren keine gute Annäherung an die Realität darstellt, dass vielmehr die

verschiedenen Einzelvariablen etwas Ähnliches messen. Um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, wurde bei der Faktorenanalyse eine Ein-Faktoren-Lösung erzwungen. Andererseits wurde aus den Einzelvariablen in Tabelle 1 und 2 ein einfacher Mittelwert gebildet. Da diese Einzelvariablen sich alle zwischen null und eins bewegen, ist eine solche Mittelwertbildung ohne weiteres möglich, und die resultierende Skala für mittlere Kenntnisse über den Zensus mit einem Gesamtmittelwert von 0,44 bewegt sich ebenfalls in diesem Wertebereich. Bildet man nun die Korrelation zwischen dieser durch Mittelwertbildung errechneten Skala und dem einen Faktor, der sich bei entsprechender Vorgabe aus der Faktorenanalyse ergibt, dann beträgt diese 0,89. Damit kann man insgesamt sagen, dass beide Operationalisierungen ziemlich exakt dasselbe messen. Der einzige Unterschied besteht darin, dass bei der Mittelwertbildung alle Einzelvariablen mit gleichem Gewicht eingehen, während in die Berechnung des Faktors die Variablen entsprechend ihrer Ladung auf dem gemeinsamen Faktor gewichtet werden. Bei einer so hohen Korrelation zwischen beiden Operationalisierungen ist der Unterschied jedoch nicht wirklich erheblich, so dass für die weiteren Analysen nur die als einfacher arithmetischer Mittelwert berechnete Skala verwendet wird.

Tabelle 7: Zusammenhang zwischen mittlerem Kenntnisstand zum Zensus und einzelnen Informationen

	Mittlere Kenntnisse
Zensus 2011 bekannt	0,66 ^c
nicht bekannt	0,40
Frühere Volkszählung bekannt	0,47 ^c
nicht bekannt	0,43
Zeitpunkt früherer Volkszählung bekannt	0,55 ^c
nicht bekannt	0,40
Zeitpunkt früherer Volkszählung korrekt angegeben	0,66 ^c
nicht korrekt	0,41
Teilnahme ist Pflicht	0,50 ^c
nicht Pflicht	0,33
Zensus nur bei Stichprobe	0,54 ^c
Vollerhebung	0,38
Statistische Ämter können andere Daten nutzen	0,55 ^c
nicht nutzen	0,36
Zutreffende Angabe zu „registriertem Zensus“	0,62 ^c
falsche Angabe	0,40
Gesamtmittel	0,44
Korrelation mit subjektivem Informationsstand	0,38 ^c
Korrelation mit mittleren Kenntnissen über Erhebungsinhalte	0,36 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 1 und 2.

In Tabelle 7 sind die Zusammenhänge zwischen dieser durch Mittelwertbildung errechneten Skala und den darin berücksichtigten Einzelvariablen dargestellt. Man sieht auf einen Blick, dass – wie es auch sein sollte – alle Einzelvariablen hochsignifikant mit der Skala zusammenhängen. Am geringsten ist der Zusammenhang bei dem Wissen ausgeprägt, ob es schon einmal eine Volkszählung in Deutschland gegeben hat oder nicht. Aber auch der hier beobachtete Unterschied im mittleren Kenntnisstand über den Zensus ist hochsignifikant. Dass der Zusammenhang hier so vergleichsweise gering ausfällt, ist jedoch nicht verwunderlich, weil neun von zehn Personen angeben, dass es schon einmal eine Volkszählung gab. Am stärksten ausgeprägt sind die Unterschiede im mittleren Kenntnisstand danach, ob jemand schon einmal vom Zensus 2011 gehört hat oder nicht, und danach, ob der Zeitpunkt der letzten Volkszählung richtig angegeben werden kann oder nicht. Zwischen den hierbei gut oder schlecht informierten Personen liegen jeweils hinsichtlich des mittleren Wissensstandes über den Zensus ein Viertel des gesamten Wertebereiches der Kenntnisskala. Mit den beiden metrischen Einzelmerkmalen – dem subjektiven Gefühl der Informiertheit und den mittleren Kenntnissen über die Erhebungsgegenstände der Volkszählung – korreliert der mittlere Wissensstand immerhin mit knapp 0,4.

5.3. Einstellungen zum Zensus

Auch zur Zusammenfassung der Einzelbeobachtungen zu den Einstellungen zum Zensus wurde zunächst eine explorative Faktorenanalyse gerechnet. Neben den dichotomen Merkmalen, ob eine Datenweitergabe befürchtet, der Volkszählungsboykott 1987 abgelehnt und ein eigenes Boykottieren 2011 nicht in Betracht gezogen wird, gehen nur metrische Skalen in die Faktorenanalyse ein, nämlich die mittlere Antwortbereitschaft bei tatsächlich erhobenen Volkszählungsmerkmalen, die Skala für Einverständnis mit dem Zensus 2011, die Einschätzung der Gefährlichkeit des Zensus für die Selbstbestimmung der Bürger über ihre persönlichen Daten, der Mittelwert über 14 Einzelaussagen zum Zensus sowie die Haltung zur Ablehnung des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2010, eine Klage gegen die Volkszählung zuzulassen. Im Gegensatz zum letzten Abschnitt sind Experimente mit der Faktorenrotation überflüssig, weil aus diesen Einzelmerkmalen nur ein einziger Faktor extrahiert wird. Dies besagt, dass die Faktorenanalyse nicht zwischen verschiedenen

Dimensionen in der Befürwortung oder Ablehnung des Zensus unterscheiden kann. Speichert man diesen einen extrahierten Faktor ab und berechnet analog zum vorhergehenden Abschnitt ebenfalls eine additive Skala durch Mittelwertbildung über alle Einzelmerkmale hinweg, dann korrelieren die resultierende Skala und der eine Faktor sogar mit 0,99, sind also für alle praktischen Zwecke Messungen ein und derselben Eigenschaft.

Tabelle 8: Zusammenhang zwischen verschiedenen Einzeleinstellungen zum Zensus

	Mittlere Einstellung zum Zensus
Keine Sorge wegen Datenweitergabe	0,82 ^c
Sorge deshalb	0,49
Gegen Boykott 1987	0,72 ^c
dafür	0,32
Würde 2011 nicht boykottieren	0,68 ^c
würde boykottieren	0,24
Gesamtmittel	0,60
Korrelationen	
Antwortbereitschaft bei erhobenen Zensusmerkmalen	0,57 ^c
Einverstanden mit Zensus 2011	0,78 ^c
Gefährdung der Selbstbestimmung über Daten durch Zensus	-0,39 ^c
Zustimmung zur Ablehnung der Klage vor BVerfG	0,66 ^c
Mittelwert über 14 Aussagen zum Zensus	0,81 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 4 und 5.

Wie bei den Kenntnissen zum Zensus verwenden wir nun auch für Einstellungen dazu nur noch die als Mittelwert aus den Einzeleinstellungen gebildete Skala. Tabelle 8 lässt sich entnehmen, dass diese Skala einen Gesamtmittelwert von 0,6 aufweist. Dass die Einzelmerkmale sämtlich hochsignifikant mit der zusammenfassenden Skala zusammenhängen, ist angesichts der berichteten Korrelation zwischen Faktor und Skala fast schon selbstverständlich. Am stärksten ist diese Korrelation mit dem Mittelwert über die 14 in Tabelle 5 dargestellten Einzelaussagen zum Zensus und mit der Skala, ob man mit dem Zensus einverstanden ist oder nicht. Am schlechtesten ist der Zusammenhang mit der Positionierung des Zensus 2011 als Gefahr für die Selbstbestimmung der Bürger über ihre Daten. Auch mit den dichotomen Merkmalen, welche in diese Mittelwertskala eingehen, sind die Zusammenhänge äußerst stark. Befragte, welche persönlich den Zensus im Mai 2011 nicht boykottieren würden, haben auf der mittleren Einstellungsskala dazu einen Mittelwert von 0,68, boykottwillige Personen dagegen nur einen mittleren Wert von 0,24 (Wertebereich: 0 bis 1).

6. Determinanten von Kenntnissen zum Zensus

6.1. Sozialstruktur

In diesem und im folgenden Abschnitt über Determinanten von Einstellungen zum Zensus wird nur auf solche potentielle Determinanten eingegangen, die für Kenntnisse oder Einstellungen zum Zensus statistisch signifikante Effekte haben. Es kommen also in den folgenden Tabellen durchaus einmal auch Merkmale vor, die in einer bestimmten Tabelle keinen signifikanten Effekt haben, dafür aber in einer anderen. Es kommen aber keine Erklärungsvariablen vor, die in keiner dieser Tabellen einen statistisch signifikanten Effekt haben. Das bedeutet nicht, dass entsprechende Analysen nicht gerechnet wurden; es bedeutet lediglich, dass die Tabellen nicht vollgefüllt werden sollten mit statistisch nicht signifikanten Zusammenhängen. Wenn also die Berufstätigkeit oder die Konfession in den nachfolgenden Tabellen nirgendwo auftauchen, dann besagt dies, dass der bivariate Zusammenhang mit Kenntnissen beziehungsweise Einstellungen zum Zensus überprüft wurde, dass aber nach den üblichen statistischen Kriterien keiner besteht.

Tabelle 9: Kenntnisse zum Zensus nach sozialstrukturellen Größen

	Mittlere Kenntnisse
Geschlecht männlich	0,48 ^c
weiblich	0,41
Kinder im Haushalt nein	0,45 ^b
ja	0,41
Gesamtmittel	0,44
Korrelationen	
Alter	0,10 ^b
Schulbildung ^d	0,28 ^c
Haushaltsgröße ^e	-0,10 ^b
Größe des Wohnorts ^f	0,13 ^c
Kirchgangshäufigkeit ^g	0,02
Mitgliedschaften ^h	0,16 ^c
Subjektive Schichtzugehörigkeit ⁱ	0,15 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

d: Skala mit vier Punkten von 1 (ohne Abschluss) bis 4 (Abitur o.ä.).

e: Zahl der Personen im Haushalt.

f: Skala mit sieben Punkten von 1 (unter 2.000) bis 7 (500.000 Einwohner und mehr).

g: Skala mit sieben Punkten von 0 (nie) bis 1 (öfter als einmal pro Woche).

h: Zahl der Mitgliedschaften laut Frage a39a-a39l (s. Fragebogen in Anhang 2).

i: Skala mit 5 Punkten von 0 (Arbeiterschicht) bis 1 (Oberschicht).

Das Ausmaß an Informiertheit über den Zensus hängt durchaus mit sozialstrukturellen Größen zusammen, allerdings sind diese Zusammenhänge überwiegend nicht sonderlich stark. Frauen wissen etwas weniger über den Zensus als Männer und Personen aus Haushalten ohne Kinder wissen geringfügig mehr. Dem entspricht in der unteren Hälfte von Tabelle 9, dass die Korrelation zwischen der Haushaltsgröße und dem Kenntnisstand negativ ist. Je mehr Personen dem Haushalt angehören desto schlechter ist das Wissen um den Zensus. Den mit Abstand stärksten Effekt aus dieser Gruppe von Erklärungsvariablen hat die Schulbildung, welche mit der Skala des Wissens um den Zensus mit fast 0,3 korreliert. Weitere signifikante Einflüsse haben die soziale Involvierung von Individuen, gemessen durch die Anzahl ihrer Mitgliedschaften in Gewerkschaften, Parteien, Vereinen oder Verbänden, die subjektive Schichtzugehörigkeit (was bei dieser bivariaten Betrachtungsweise sicher auch einen Bildungseffekt reflektiert), die Größe des Wohnorts und das Lebensalter. Ältere Menschen und Personen aus größeren Städten sind geringfügig besser über den Zensus informiert, wobei ersteres schlicht mit der Erfahrung im Lebenslauf zusammen hängen mag; ältere Personen haben einfach bereits an Volkszählungen in der Vergangenheit teilgenommen.

6.2. Politische Einstellungen

Auch politische Einstellungen haben Auswirkungen auf das Niveau der Kenntnisse zum Zensus. Der Effekt der politischen Präferenz, gemessen durch die Wahlabsicht, ist zwar insgesamt signifikant, was sich aus einer Varianzanalyse ergibt, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen der verschiedenen Parteigänger sind jedoch nicht wirklich stark. Am schlechtesten informiert sind die Personen ohne eine Wahlabsicht oder ohne eine Angabe auf diese Frage sowie die Wähler rechter Parteien (NPD, DVU, Republikaner). Am besten sind die Kenntnisse bei Wählern der Grünen. Die Anhänger aller anderen Parteien liegen sehr eng beieinander.

Tabelle 10: Kenntnisse zum Zensus nach politischen Einstellungen

	Mittlere Kenntnisse
Wahlabsicht:	
CDU/CSU	0,45 ^c
SPD	0,45
FDP	0,46
Bündnis90/Grüne	0,48
Die Linke	0,44
Rechte Parteien	0,41
Piratenpartei	0,46
Sonstige	0,46
Wahlenthaltung, weiß nicht, keine Antwort	0,39
Korrelationen	
Politisches Interesse ^d	0,33 ^c
Demokratiezufriedenheit ^e	0,08 ^a
Institutionenvertrauen ^f	0,08 ^a
Links-Rechts-Selbsteinstufung ^g	-0,10 ^b
Stärke der Parteiidentifikation ^h	0,15 ^c
Skalometer CDU/CSU ⁱ	-0,01
Skalometer SPD ⁱ	0,04
Skalometer FDP ⁱ	-0,10 ^b
Skalometer Bündnis90/Grüne ⁱ	0,09 ^b
Skalometer Die Linke ⁱ	-0,05
Skalometer Bundesregierung ⁱ	-0,07 ^a

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

d: Skala mit fünf Punkten von 0 (überhaupt nicht) bis 1 (sehr stark).

e: Skala mit fünf Punkten von 0 (sehr unzufrieden) bis 1 (sehr zufrieden).

f: Skala von 0 (vertraue überhaupt nicht) bis 1 (vertraue voll und ganz); Mittelwert über Bundesverfassungsgericht, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung und Bundesbank.

g: Skala mit elf Punkten von -1 (links) bis 1 (rechts).

h: Skala mit sechs Punkten von 0 (keine Identifikation) bis 1 (sehr starke Identifikation mit irgendeiner Partei).

i: Skala mit elf Punkten von -1 (halte überhaupt nichts von der Partei/Bundesregierung) bis 1 (halte sehr viel von der Partei/Bundesregierung).

Eher schwach stellen sich auch die meisten Zusammenhänge im unteren Teil der Tabelle 10 dar, wo Korrelationen der Skala für Kenntnisse über den Zensus mit anderen Skalen wiedergegeben sind. Personen mit höherer Demokratiezufriedenheit oder größerem Institutionenvertrauen wissen etwas mehr über den Zensus; gleiches ist für Personen mit einer stärkeren Identifikation mit einer politischen Partei der Fall. Zufriedenheit mit den Institutionen des Staates und Involvierung mit einer politischen Partei bewirkt, dass man etwas besser über solche Projekte wie den Zensus informiert ist. Personen mit einer eher rechten politischen Orientierung sind schlechter über die Volkszählung informiert als sich eher links platzierende Personen. Hinsichtlich der Skalometerwerte der politischen Parteien und der Bundesregierung zeigen sich schwache Zusammenhänge dergestalt, dass Personen, denen die FDP sympathisch ist, geringere Kenntnisse vom Zensus haben,

Befragte, denen die Grünen sympathisch sind, eher bessere Kenntnisse aufweisen, während bei den Befragten, welche die Bundesregierung sympathischer finden, wieder ein eher geringerer Kenntnisstand zum Zensus besteht. Die eine Variable, welche in Tabelle 10 hervorsteht, ist das politische Interesse. Hier finden wir eine positive Korrelation mit dem Wissen um den Zensus von über 0,3 vor. Wer sich stark für Politik interessiert, weiß also deutlich mehr über den Zensus als jemand, dem die Politik gleichgültig ist.

7. Determinanten von Einstellungen zum Zensus

7.1. Sozialstruktur

Hinsichtlich der Einstellungen gegenüber dem Zensus sind sozialstrukturelle Erklärungsvariablen überwiegend nicht sonderlich relevant. Bereits in der bivariaten Betrachtung spielen Schulbildung, Haushaltsgröße und Größe des Wohnorts keinerlei Rolle. Männer sind etwas aufgeschlossener gegenüber dem Zensus als Frauen, kinderlose Haushalte sind etwas positiver der Volkszählung gegenüber eingestellt als Personen aus Haushalten mit Kindern, und Personen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder waren, stehen dem Zensus etwas aufgeschlossener gegenüber als solche, bei denen dies nicht der Fall ist.

Tabelle 11: Einstellungen zum Zensus nach sozialstrukturellen Größen

	Mittlere Einstellung zum Zensus
Geschlecht männlich	0,62 ^a
weiblich	0,59
Kinder im Haushalt nein	0,61 ^a
ja	0,57
Jetzt oder früher im Öffentlichen Dienst nein	0,59 ^a
ja	0,63
Gesamtmittel	0,60
Korrelationen	
Alter	0,21 ^c
Schulbildung	0,05
Haushaltsgröße	-0,04
Größe des Wohnorts	0,00
Kirchgangshäufigkeit	0,14 ^c
Mitgliedschaften	0,10 ^b
Subjektive Schichtzugehörigkeit	0,16 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Erläuterung der Skalen: S. Tabelle 9.

Im unteren Teil von Tabelle 11 finden wir eine leichte positive Korrelation für die Kirchgangshäufigkeit vor. Parallel zur Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst zeigt sich also, dass Eigenschaften, die eher mit einer höheren Normakzeptanz einhergehen, positiv mit einer Befürwortung des Zensus korrelieren. Ähnlich sind ältere Personen gegenüber dem Zensus aufgeschlossen, solche die sich subjektiv einer höheren gesellschaftlichen Schicht als zugehörig fühlen und schließlich Personen mit

einem höheren Ausmaß sozialer Integration, wie sie sich in Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden niederschlägt.

7.2. Politische Einstellungen

Während politische Einstellungen auf die Kenntnisse zur Volkszählung relativ geringe Effekte hatten, sind diese Auswirkungen auf die Einstellungen zum Zensus unübersehbar und zum Teil ausgesprochen stark ausgeprägt. Dies beginnt bereits bei der Wahlabsicht. Personen, welche beabsichtigen, eine der drei „alten“ und etablierten Parteien CDU/CSU, SPD oder FDP zu wählen, befinden sich sämtlich mit ihren mittleren Einstellungen zum Zensus über dem Gesamtmittelwert der Einstellungsskala, welcher bei 0,6 liegt. Am stärksten ist die Befürwortung bei Anhängern der gegenwärtigen Koalitionsparteien. Wähler der Grünen liegen nur ganz geringfügig unter dem Gesamtmittel, alle anderen Gruppen liegen deutlich darunter. Am ablehnendsten stehen Anhänger der Piratenpartei und der rechten Parteien dem Zensus gegenüber.

Tabelle 12: Einstellungen zum Zensus nach politischen Einstellungen

	Mittlere Einstellung zum Zensus
Wahlabsicht:	
CDU/CSU	0,74 ^c
SPD	0,64
FDP	0,72
Bündnis90/Grüne	0,59
Die Linke	0,55
Rechte Parteien	0,47
Piratenpartei	0,44
Sonstige	0,50
Wahlenthaltung, weiß nicht, keine Antwort	0,52
Korrelationen	
Politisches Interesse	0,18 ^c
Demokratiezufriedenheit	0,41 ^c
Institutionenvertrauen	0,45 ^c
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,17 ^c
Stärke der Parteiidentifikation	0,22 ^c
Skalometer CDU/CSU	0,37 ^c
Skalometer SPD	0,18 ^c
Skalometer FDP	0,24 ^c
Skalometer Bündnis90/Grüne	0,10 ^b
Skalometer Die Linke	-0,16 ^c
Skalometer Bundesregierung	0,31 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Erläuterung der Skalen: S. Tabelle 10.

Ähnliches zeigt sich bei den Korrelationen im unteren Teil von Tabelle 12. Die Sympathie-Skalometerwerte der drei „alten“ Parteien korrelieren mit der Befürwortung des Zensus alle ziemlich deutlich positiv, am stärksten gilt dies für die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition. Gleiches gilt für das Sympathie-Skalometer der Bundesregierung. Während die Korrelation mit dem Sympathie-Skalometer für die Grünen noch positiv – aber viel kleiner – ist, weist die Sympathie mit der Linken eine deutlich negative Korrelation mit der Befürwortung der Volkszählung auf. Man kann also insgesamt klar von einer Politisierung der Einstellungen zum Zensus entlang parteipolitischer Linien sprechen. Diese Politisierung ist viel stärker als die Ausrichtung der Befürwortung zum Zensus entlang sozialstruktureller Größen.

Neben der Parteipolitik und der Sympathie gegenüber den Parteien spielen auch weitere politische Einstellungen eine Rolle für die Orientierung gegenüber der Volkszählung. Personen, die sich politisch als eher rechts einschätzen, sind gegenüber dem Zensus aufgeschlossener als in ihrer Selbsteinschätzung eher linke Personen. Parteipolitisch involvierte Befragte (gemessen durch die Stärke der Parteiidentifikation) sowie politisch interessierte Personen erweisen sich als gegenüber dem Zensus deutlich aufgeschlossener. Die mit Abstand stärksten Zusammenhänge finden sich für die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen. Diese beiden Größen standen auch schon in positivem Zusammenhang mit dem Kenntnisstand zum Zensus, hier jedoch bei den Einstellungen dem Zensus gegenüber sind die Effekte ausgesprochen stark und positiv. Wer mit der Demokratie in Deutschland zufrieden ist und den Institutionen der Bundesrepublik vertraut, ist auch viel eher mit dem Zensus einverstanden.

7.3. Kenntnisse über den Zensus

Im dritten und letzten Schritt dieses Abschnitts wollen wir uns nun noch ansehen, ob Einstellungen zum Zensus mit Kenntnissen über den Zensus (bivariat) zusammenhängen. Man könnte zunächst vermuten, dass mit einer Sache vertraut zu sein und über sie Bescheid zu wissen ein höheres Ausmaß an Befürwortung bewirkt. Was man kennt, damit ist man auch eher zufrieden. Unbekannte und neue Dinge dagegen

wecken häufig eher Skepsis und Reserviertheit. Die in Tabelle 13 wiedergegebenen Zusammenhänge verdeutlichen, dass diese Erwartung nur sehr begrenzt in Erfüllung geht. Man hätte dies bereits auf Grund der Ergebnisse der vorangehenden Abschnitte erwarten können. Kenntnisse zum Zensus hingen stärker mit sozialstrukturellen Hintergrundfaktoren zusammen als mit politischen Orientierungen. Bei den Einstellungen zum Zensus war es genau umgekehrt. Wenn aber eine Größe stärker von einer ersten Gruppe von Drittvariablen abhängt und eine andere Größe stärker von einer anderen Gruppe, dann kann man zwischen den beiden Variablen nur dann sehr starke Zusammenhänge erwarten, wenn die beiden Gruppen von Drittvariablen selbst untereinander sehr stark zusammenhängen. Zwischen politischen Orientierungen und sozialstrukturellen Hintergrundvariablen ist dies jedoch definitiv nicht der Fall.

Tabelle 13: Einstellungen zum Zensus nach Kenntnissen

	Mittlere Einstellung zum Zensus
Von „Zensus 2011“ gehört	0,63
nicht gehört	0,60
Es gab schon einmal eine Volkszählung	0,61 ^c
gab es nicht	0,51
Richtige Angabe des Jahres der letzten Volkszählung	0,62
falsche Angabe	0,60
Beantwortung ist Pflicht	0,61 ^a
freiwillig	0,58
Nur ein Teil der Bevölkerung wird befragt	0,61
alle werden befragt	0,60
Anderer Datenbanken können genutzt werden	0,57 ^c
alles muss erfragt werden	0,62
Zutreffende Angabe auf offene Frage nach „registergestütztem Zensus“	0,64 ^b
falsche Angabe	0,59
Korrelation mit mittleren Kenntnissen	0,09 ^b
Korrelation mit mittleren Kenntnissen über Erhebungsinhalte	0,17 ^c

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

In Tabelle 13 findet man vielmehr zwischen der Skala für die mittleren Einstellungen zum Zensus und der Skala für die mittleren Kenntnisse dazu lediglich eine Korrelation von 0,09 vor, mit der Skala für die mittleren Kenntnisse zu den Erhebungsinhalten des Zensus beträgt die Korrelation 0,17. Das ist zwar beides statistisch signifikant von null verschieden, aber doch deutlich schwächer als einige vorher berichtete Korrelationen. Im oberen Teil von Tabelle 13 findet man bei sieben Merkmalen, die als Dichotomien definiert sind, nur vier Mal signifikante Unterschiede

in den Einstellungen zum Zensus vor. Der stärkste Zusammenhang ergibt sich noch bei der Frage, ob es schon einmal eine Volkszählung gab oder nicht. Die (relativ wenigen) Personen, die meinen, eine Volkszählung in Deutschland sei eine Neuerung, sind im Mittel um ein Zehntel des Wertebereichs der entsprechenden Skala weniger aufgeschlossen gegenüber der Durchführung eines Zensus als die 90 Prozent derjenigen, die richtigerweise über ihre Erkenntnis berichten, dass 2011 nicht die erste Volkszählung in der Bundesrepublik stattfinden wird.

8. Multivariate Modelle

8. 1. Kenntnisse zum Zensus

In den beiden letzten Abschnitten wurden bivariate Zusammenhänge dargestellt. Es war bereits die Rede davon, dass dies zwar der Vollständigkeit der Präsentation genügt, dass jedoch dabei durchaus auch Scheinzusammenhänge berichtet werden können oder Befunde, die auf ein- und denselben kausalen Zusammenhang zurückgehen – etwa wenn festgestellt wurde, dass sowohl zwischen der Schulbildung als auch der subjektiven Schichteinstufung einerseits und dem Wissen über den Zensus andererseits positive Zusammenhänge bestehen. In diesem Abschnitt werden nun die verschiedenen bisher berücksichtigten Erklärungsvariablen in multiplen Regressionsmodellen simultan in Beziehung gesetzt zu der Skala für Informationen zum Zensus und – im nächsten Unterabschnitt – derjenigen für die Einstellungen zum Zensus.

Tabelle 14: Multiples Regressionsmodell für Kenntnisse zum Zensus

	Beta
Frau ^d	-0,14 ^c
Alter	0,07 ^a
Schulbildung	0,27 ^c
In Ostdeutschland geboren ^d	-0,09 ^b
Im Ausland geboren ^d	-0,07 ^a
Personen im Haushalt	-0,06 ^a
Mitgliedschaften	0,06 ^a
Wohnortgröße	0,08 ^b
Politisches Interesse	0,21 ^c
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0,07 ^a
R ²	0,205
R ² nur signifikante Sozialstrukturvariablen	0,168
R ² nur signifikante politische Einstellungen	0,124

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

d: Dummy-Variablen mit dem Wert eins bei der genannten Ausprägung, ansonsten null.

Tabelle 14 gibt das Ergebnis für ein Modell wieder, in das nur statistisch signifikante Erklärungsvariablen einbezogen werden. Zunächst wurde ein Modell gerechnet, in welchem noch deutlich mehr Prädiktoren enthalten waren. Die in Tabelle 14 nicht enthaltenen Erklärungsvariablen erwiesen sich jedoch als statistisch in ihrem Effekt nicht von null verschieden und wurden deshalb im zweiten Durchgang nicht mehr in

das Modell aufgenommen. Der Tabelle 14 lässt sich entnehmen, dass politische Einstellungen für das Wissen über den Zensus nur eine relativ geringe Rolle spielen. Der bereits berichtete Befund, dass Personen, die politisch eher rechts stehen, weniger über den Zensus wissen, bleibt auch bei der multivariaten Betrachtungsweise bestehen. Ebenso „überlebt“ auch das Ergebnis, dass Kenntnisse über den Zensus deutlich mit dem politischen Interesse assoziiert sind.

Andererseits jedoch sind viel mehr Variablen, welche den sozialen Hintergrund der Befragten charakterisieren, signifikant mit dem Kenntnisstand über den Zensus assoziiert. Bezieht man diese beiden Gruppen von Variablen separat in die Modellschätzung ein, dann sieht man an den im untersten Teil von Tabelle 14 wiedergegebenen Werten des korrigierten R^2 , dass allein die einbezogenen signifikanten Strukturvariablen fast 17 Prozent der Varianz binden, während das Gesamtmodell eine Erklärungskraft von 20,5 Prozent hat. Auch bei Kontrolle aller anderen Erklärungsvariablen wissen Frauen also weniger über den Zensus als Männer, der Kenntnisstand steigt mit dem Lebensalter und besonders stark mit der formalen Schulbildung an. In Ostdeutschland oder im Ausland geborene Befragte haben signifikant geringere Kenntnisse über den Zensus als westdeutsche Befragte. Personen aus Single-Haushalten wissen besser Bescheid als solche aus Großfamilien, und sozial integrierte Befragte mit einer höheren Anzahl von Vereinsmitgliedschaften oder ähnlichem sowie Befragte aus größeren Städten haben ebenfalls höhere Kenntnisse.

8. 2. Einstellungen zum Zensus

Einstellungen zum Zensus können deutlich besser erklärt werden als Kenntnisse dazu. Der korrigierte R^2 -Wert für das Gesamtmodell beträgt fast 30 Prozent. Dabei zeigen die beiden korrigierten R^2 -Werte bei separater Einbeziehung in das Modell, dass für die Einstellungen zum Zensus die politischen Einstellungen der Befragten wesentlich determinationskräftiger sind als ihr sozialstruktureller Hintergrund (Tabelle 15). Bei letzterem erweisen sich nur wenige Variablen als signifikant. Ältere Befragte stehen dem Zensus auch bei Kontrolle aller übrigen Variablen positiver gegenüber als jüngere Personen, gleiches gilt für in Ostdeutschland geborene Probanden. Wer sozial hoch integriert ist, neigt eher zu einer Befürwortung des Zensus, wenn diese

Integration jedoch vorwiegend über in Tabelle 15 als „kritisch“ bezeichnete Gruppierungen definiert wird (feministische, „globalisierungskritische“ oder Umweltvereinigungen), dann steigt mit entsprechender Involvierung auch die Ablehnung des Zensus.

Tabelle 15: Multiples Regressionsmodell für Einstellungen zum Zensus

	Beta
Alter	0,18 ^c
In Ostdeutschland geboren ^d	0,06 ^a
Mitgliedschaften	0,11 ^b
Mitgliedschaften in „kritischen“ Vereinigungen	-0,08 ^a
Demokratiezufriedenheit	0,21 ^c
Institutionenvertrauen	0,22 ^c
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,07 ^a
Stärke der Parteiidentifikation	0,06 ^a
Skalometer CDU/CSU	0,10 ^b
R ²	0,292
R ² nur signifikante Sozialstrukturvariablen	0,095
R ² nur signifikante politische Einstellungen	0,275

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

d: Dummy-Variable mit dem Wert eins für in Ostdeutschland geborene Personen, ansonsten null.

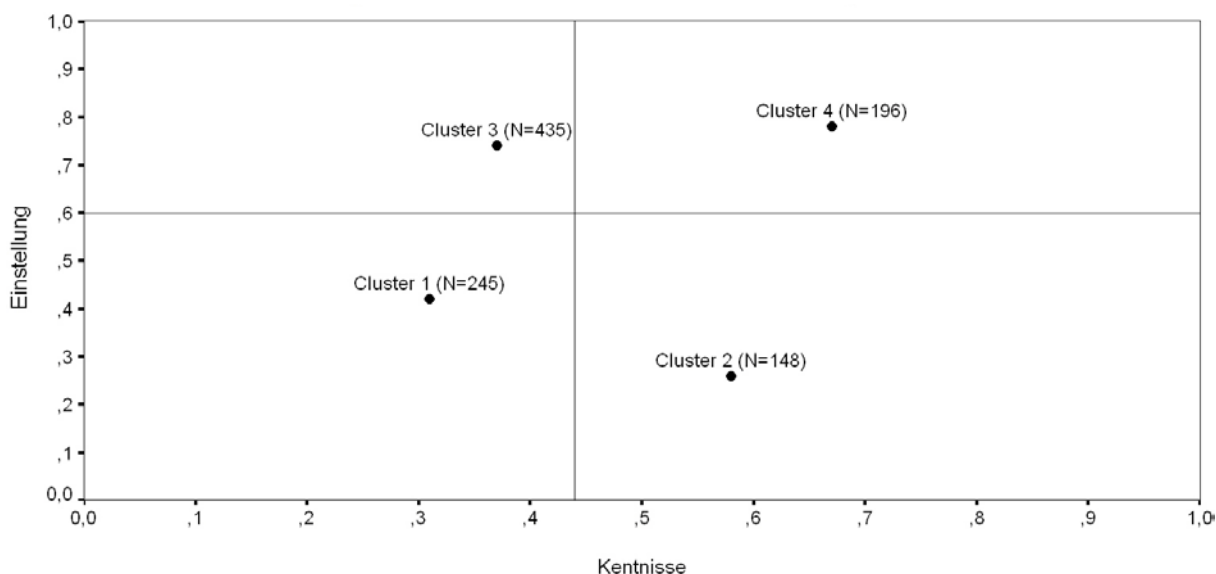
Die signifikanten Prädiktoren aus der Gruppe der politischen Einstellungen beziehen sich einerseits auf die parteipolitische Orientierung und andererseits auf die Stärke der Identifikation mit den politischen Einrichtungen in Deutschland. Aus der ersten Gruppe bleiben als signifikant übrig die Erkenntnisse, dass Personen, welche die Unionsparteien sympathischer finden, auch eher den Zensus befürworten und ähnlich gilt das für Befragte, die sich selbst eher als „rechts“ einstufen. Aus der anderen Gruppe von Variablen haben wir zunächst die Stärke der Parteiidentifikation, welche, da es sich weit überwiegend um Identifikationen mit etablierten Parteien handelt, auch so etwas ist wie ein Maß der Zufriedenheit mit der etablierten Politik. Mit großem Abstand stärker wirken jedoch die beiden Dimensionen der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens. Diese beiden Variablen haben zusammen den mit Abstand stärksten Effekt auf die Befürwortung des Zensus und ihre Effekte bewegen sich in exakt derselben Größenordnung. Wer mit der Demokratie in Deutschland zufrieden ist und den bundesrepublikanischen Institutionen vertraut, befürwortet auch den bevorstehenden Zensus.

Auf Grund von Tabelle 13 (letzte beide Zeilen) wurde festgestellt, dass Kenntnisse zum Zensus und Einstellungen dazu miteinander zusammenhängen. Zwar erwies sich dieser Zusammenhang als relativ schwach, dennoch war er signifikant von null verschieden. Deshalb wurde in einem weiteren Schritt überprüft, ob die Skala für die mittleren Kenntnisse zum Zensus bei Einbeziehung in das in Tabelle 15 wiedergegebene Modell eine positive Wirkung entfalten würde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der Zusammenhang zwischen Kenntnissen zum Zensus und Einstellungen dazu ist ein statistischer Scheinzusammenhang. In Tabelle 10 kann man beobachten, dass das Wissen um den Zensus auch zusammenhängt mit den politischen Prädiktoren aus Tabelle 15 mit Ausnahme des Skalometerwerts für die Unionsparteien. Deshalb kann bei Kontrolle dieser Drittvariablen das Wissen über den Zensus gar keinen eigenständigen signifikanten Effekt auf die Einstellungen dazu mehr entfalten. Es gilt mithin nicht, dass Bekanntheit und Kenntnisse positivere Orientierungen gegenüber dem Zensus erzeugen. Vielmehr ist es so, dass eine positivere Einstellung gegenüber der Demokratie in Deutschland und den entsprechenden politischen Institutionen dazu führt, dass Menschen auch mehr über den Zensus wissen und ihm gleichzeitig aufgeschlossener gegenüberstehen.

9. Typen von Einstellungen zum Zensus

Zum Schluss dieser Analyse werfen wir noch einen Blick auf verschiedene Typen von Einstellungen und Orientierungen gegenüber dem Zensus. Dafür wird als Technik die Clusteranalyse eingesetzt. Dieses Verfahren hat von der Logik her eine gewisse Ähnlichkeit zur Faktorenanalyse. Letztere identifiziert ähnliche Datenspalten in einer Datenmatrix, also untereinander relativ ähnliche Gruppen von Variablen oder Merkmalen. Die Clusteranalyse tut dasselbe für die Zeilen – also Fälle – einer Datenmatrix. Sie ermittelt, welche Fälle, in unserem Fall also Befragungspersonen, sich in ihren Einstellungen vergleichsweise relativ ähnlich sind im Vergleich zu anderen Gruppen von Befragten. Ein Typ von Befragten ist dabei definiert durch die Mittelwerte der jeweiligen Gruppe auf den in die Clusterbildung eingehenden Variablen. Bei diesen handelt es sich hier um die beiden Skalen für mittleren Informationsstand zum Zensus und mittlere Befürwortung desselben. Das Kriterium für die Clusterbildung ist, dass die Angehörigen eines Clusters sich voneinander jeweils so wenig wie möglich unterscheiden, während die Unterschiede zwischen den Clustermittelwerten maximiert werden sollen.

Abbildung 2: Cluster aus Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus



Wenn wir nur zwei Variablen in die Clusterbildung einbeziehen, dann ist in der Regel eine Lösung mit vier Clustern optimal, die nämlich einer Kreuzklassifikation aus geringen beziehungsweise hohen Kenntnissen und negativen bzw. positiven Einstellungen zum Zensus entspricht. Die Lage dieser vier Gruppen im zweidimensionalen Raum aus Kenntnissen zum Zensus und Einstellungen dazu ist in Abbildung 2 wiedergegeben. Die beiden Referenzlinien, eine horizontal und eine vertikal, sind die jeweiligen Gesamtmittelwerte von 0,6 bei den Einstellungen und 0,44 bei den Kenntnissen zum Zensus. Jedes der vier ermittelten Cluster fällt genau in einen Quadranten. Das zahlenmäßig größte Cluster mit über 42 Prozent der Befragten ist das dritte, welches durch eine positive Einstellung zum Zensus bei unterdurchschnittlich guten Kenntnissen charakterisiert ist (siehe auch Tabelle 16). Mit knapp 24 Prozent der Probanden folgt als zweitgrößtes das erste Cluster, wobei noch geringere Kenntnisse über den Zensus mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Befürwortung kombiniert wird. Das dritthäufigste Cluster ist das vierte mit knapp 20 Prozent der Stichprobe. Hier sind die Kenntnisse über die Volkszählung am höchsten und die Befürwortung ist am stärksten ausgeprägt. Die kleinste Gruppe von Befragten findet sich mit knapp 15 Prozent im zweiten Cluster, welches deutlich überdurchschnittliche Kenntnisse über den Zensus mit der stärksten Ablehnung kombiniert. In Abbildung 2 fällt sofort auf, dass der Abstand zwischen dem ersten und dritten Cluster deutlicher geringer ist als derjenige zwischen dem zweiten und dem vierten. Die Einstellungspolarisierung ist mithin bei unterdurchschnittlichen Kenntnissen deutlich geringer. Bei denjenigen, die gute bis sehr gute Kenntnisse über den Zensus haben dagegen ist die Befürwortung noch deutlicher bzw. die Ablehnung noch viel stärker.

Tabelle 16: Clusterzentren aus Kenntnissen und Einstellungen zum Zensus

Cluster	Einstellungstyp	Kenntnisse	Einstellungen	N	Prozent
1	niedrige Kenntnisse, eher dagegen	0,31	0,42	245	23,8
2	höhere Kenntnisse, eher dagegen	0,58	0,26	148	14,6
3	niedrige Kenntnisse, eher dafür	0,37	0,74	435	42,4
4	höhere Kenntnisse, eher dafür	0,67	0,78	196	19,2

Die Clusteranalyse sucht, wie bereits gesagt, nach der Identifikation von Teilgruppen, welche sich möglichst stark voneinander unterscheiden. Wie stark dies der Fall ist, ist in den Tabellen 17 bis 19 festgehalten, wobei in der ersten dieser Tabellen die Kenntnisse zum Zensus nach der Clusterzugehörigkeit ausgewiesen sind, in Tabelle 18 Einstellungen zum Zensus nach der Clusterzugehörigkeit und in der letzten Tabelle 19 schließlich sozialstrukturelle und politische Einstellungsvariablen nach Clusterzugehörigkeit. Naturgemäß sind die Unterschiede zwischen den Angehörigen der verschiedenen Cluster in den Tabellen 17 und 18 am stärksten ausgeprägt, weil diese Merkmale für die Clusterbildung herangezogen wurden. Insofern lohnt es sich nicht, die Einzelbefunde der Tabellen Punkt für Punkt durchzudeklinieren. Die Botschaft lautet insgesamt: Die Gruppen unterscheiden sich ganz erheblich voneinander. Aus Platzgründen seien hier nur einige besonders drastische Niveauunterschiede herausgegriffen. So zeigt etwa Tabelle 17, dass die Befragten, welche eine richtige Angabe auf die Frage nach dem Jahr der letzten Volkszählung machen können, fast ausschließlich in den Clustern 2 und 4 zu finden sind. In den Clustern 1 und 3 macht hierzu fast niemand eine richtige Angabe, während es im Cluster 2 über ein Viertel und im Cluster 4 sogar über ein Drittel der Befragten sind, die hierzu korrekt antworten können. Ähnlich wissen von den schlechter informierten Angehörigen der Cluster 1 und 3 nur rund ein Viertel, dass der Zensus als Stichprobenerhebung durchgeführt werden wird. Im Cluster 4 wissen das weit über zwei Drittel der Befragten. Ebenso verhält es sich mit der Grundkenntnis im Zusammenhang mit dem neuen registergestützten Zensus, dass für die Volkszählung auch andere Datenbanken genutzt werden können. Dies wissen rund drei Viertel der Angehörigen der Cluster 2 und 4, während es in den Clustern 1 und 3 weniger als 30 Prozent sind. Sogar in der in die Clusterbildung gar nicht einbezogenen Wahrnehmung des sozialen Umfelds hinsichtlich seiner Haltung zum Zensus unterscheiden sich die Cluster sehr deutlich. Während im Cluster 2 nur 0,3 als Mittelwert auf der entsprechenden Skala ermittelt wird, liegt er im Cluster 4 bei 0,67.

Tabelle 17: Kenntnisse zum Zensus nach Clusterzugehörigkeit

	Cluster			
	1	2	3	4
Vom Zensus gehört (%)	5,9	28,8	3,5	42,5
Es gab schon einmal eine Volkszählung (%)	74,8	98,0	91,0	99,3
Richtige Angabe des Jahres der letzten Volkszählung(%)	2,9	25,5	3,9	34,8
Subjektiver Informationsstand zum Zensus	0,12	0,21	0,16	0,33
Mittlere Kenntnisse über 12 Erhebungsinhalte	0,64	0,72	0,69	0,75
Beantwortung ist Pflicht (%)	43,9	86,7	62,0	88,9
Nur ein Teil der Bevölkerung wird befragt (%)	24,9	49,1	25,5	69,7
Statistische Ämter können andere Datenbanken nutzen (%)	23,8	74,5	29,5	74,2
Zutreffende Angabe auf offene Frage nach „registergestütztem Zensus“ (%)	7,1	30,2	9,4	49,0
Bevölkerung ist für oder gegen Zensus	0,45	0,38	0,54	0,54
Verwandte und Freunde sind für oder gegen Zensus	0,43	0,30	0,63	0,67

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 1 und 2.

Ähnlich dramatisch sind die Unterschiede zwischen diesen vier Gruppen hinsichtlich ihrer Einstellungen zum Zensus. Wieder nur einige besonders herausstechende Beispiele: Auf der Skala von 0 bis 1 über Gegnerschaft beziehungsweise Einverständnis zum Zensus liegen die Angehörigen des Cluster 2 mit im Mittel 0,25 exakt die Hälfte der gesamten Spannweite der Skala von den Personen in Cluster 4 mit einem Mittelwert von 0,75 entfernt. In Cluster 2 kündigen weniger als ein Drittel seiner Angehörigen keinen Volkszählungsboykott für 2011 an, während in Cluster 4 nicht ein einziger Befragter boykottieren möchte. Sorgen wegen einer möglichen Weitergabe der Zensusdaten haben im Cluster 2 praktisch alle Befragten, während in Cluster 4 knapp 60 Prozent derartige Befürchtungen nicht teilen. Auch bei den nicht in die Clusterbildung eingegangenen Antworten auf die offene Frage nach möglichen Gründen für eine Ablehnung des Zensus werden interessante Unterschiede zwischen den Clustern sichtbar. Hier nennen etwa ebenso viele Angehörige des zweiten und des vierten Clusters Datenschutzbedenken als einen möglichen Ablehnungsgrund. Die Gefährdung der Privatsphäre wird ebenfalls von Angehörigen des Clusters 4 ebenso oft als Ablehnungsgrund genannt wie von den Personen im zweiten Cluster. Ihre prinzipielle Aufgeschlossenheit gegenüber der Volkszählung hindert die Befragten in Cluster 4 also nicht daran, ziemlich genau über mögliche Gründe für eine Ablehnung des Zensus Bescheid zu wissen. Dies sieht man auch daran, dass in diesem Cluster nur weniger als zehn Prozent keine Angabe zu den möglichen Gründen der Ablehnung machen; in allen anderen Clustern ist dieser

Anteil zum Teil erheblich höher. Auffällig beim Cluster 2 ist, dass auf diese offene Frage hier besonders oft geantwortet wird, dass der Staat nicht das Recht hat, derartige Angaben von den Bürgern zu erheben. In allen anderen Clustern kommt diese Interpretation einer Ablehnung des Zensus weniger als halb so oft vor.

Tabelle 18: Einstellungen zum Zensus nach Clusterzugehörigkeit

	Cluster			
	1	2	3	4
Mittlere Bereitschaft, Angaben zu machen:				
Insgesamt	0,43	0,41	0,62	0,68
Bei erhobenen Merkmalen	0,55	0,55	0,77	0,84
Bei nicht erhobenen Merkmalen	0,19	0,14	0,30	0,37
Einverstanden mit Zensus 2011	0,42	0,25	0,71	0,75
Ablehnung Boykott 1987 (%)	40,5	5,2	98,5	96,8
Persönlich kein Boykott 2011 (%)	65,6	31,3	99,8	100,0
Keine Befürchtung wegen Datenweitergabe (%)	4,1	0,8	50,7	57,9
Ablehnung Klage BVerfG begrüßt	0,33	0,12	0,62	0,67
Gefährdung der Selbstbestimmung über Daten durch Zensus 2011	0,43	0,47	0,24	0,21
Mittelwert über 14 Aussagen zum Zensus	0,38	0,25	0,57	0,62
Offene Frage nach Ablehnungsgründen:				
Privatsphäre als Grund für Ablehnung (%)	24,6	33,8	30,1	34,0
Datenschutz als Grund für Ablehnung (%)	17,4	21,7	27,8	34,1
Staat hat kein Recht zu erheben (%)	7,8	17,6	5,1	7,1
Keine Angabe von Gründen für Ablehnung (%)	33,2	17,6	27,4	8,6

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 4, 5 und 6.

Tabelle 19: Sozialstrukturelle und politische Einstellungsprofile nach Clusterzugehörigkeit

	Cluster			
	1	2	3	4
Weiblich (%)	54,3	52,2	57,2	35,9
Mittleres Alter	44,8	46,9	49,9	51,0
Mittlere Schulbildung	2,6	3,0	2,8	3,1
Politisches Interesse	0,49	0,63	0,57	0,73
Demokratiezufriedenheit	0,35	0,31	0,51	0,52
Institutionenvertrauen	0,35	0,32	0,50	0,53
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0,12	-0,27	-0,03	-0,06

Erläuterung der Skalen: S. Tabellen 9 und 10.

In Tabelle 19 sind zum Schluss die Cluster kurz nach Geschlecht, Alter und Bildung sowie nach denjenigen politischen Merkmalen charakterisiert, die sich als Prädiktoren für Kenntnisse und Einstellungen zum Zensus als besonders wirkungsmächtig erwiesen hatten. Man sieht hier, dass Frauen im Cluster 4, wo positive Einstellungen zum Zensus mit ordentlichen Kenntnissen dazu einhergehen,

deutlich unterrepräsentiert sind. In dieser Gruppe sind auch eher ältere Befragte zu finden, während das erste Cluster (eher Ablehnung, geringere Kenntnisse) sich als „am jüngsten“ erweist. Das mittlere Lebensalter liegt hier im Vergleich zum vierten Cluster über sechs Jahre niedriger. Cluster 1 ist auch dasjenige mit der geringsten formalen Bildung, während die beiden hinsichtlich der Einstellung zum Zensus polarisierten Cluster mit gutem Kenntnisstand (2 und 4) die am besten gebildeten Befragten enthalten. Auch hinsichtlich des politischen Interesses liegen Cluster 1 und Cluster 4 am weitesten auseinander. Anders verhält es sich mit der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen. Hier sind sich Cluster 1 und 2 einerseits und Cluster 3 und 4 andererseits recht ähnlich. Unabhängig vom Kenntnisstand zum Zensus sind Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen bei Ablehnung der Volkszählung deutlich geringer als bei einer Befürwortung. Auf der Links-Rechts-Achse schließlich markiert das Cluster 2 mit großem Abstand die am weitesten links angesiedelte Position, während Cluster 3 und 4 beide fast am Neutralpunkt der Skala angesiedelt sind. Dass alle diese Mittelwerte ein negatives Vorzeichen haben, impliziert, dass die Stichprobe insgesamt sich leicht links vom neutralen Skalenpunkt ansiedelt, was jedoch keinesfalls eine Verzerrung auf Grund der Online-Stichprobe darstellt, sondern in dieser Größenordnung gegenwärtig bei praktisch jeder Erhebung zu politischen Einstellungen so ermittelt wird.

10. Zusammenfassung

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung zu den Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Zensus 2011 lassen sich wie folgt zusammenfassen: Es überrascht wenig, dass die Kenntnisse über die Volkszählung nicht sehr hoch sind, dass sie sich vergleichsweise nicht sehr gut erklären lassen und dass vor allem sozialstrukturelle Hintergrundfaktoren wie die formale Schulbildung und das Lebensalter das Wissen über solche Dinge beeinflussen. Kenntnisse hängen ferner sehr oft mit Interesse zusammen. Wer sich für Autorennen interessiert, weiß zumeist viel darüber – und umgekehrt. Warum sollte das bei einer Volkszählung anders sein? Entsprechend überrascht es nicht, dass auch das politische Interesse (selbst bei Kontrolle von Drittvariablen) deutlich mit dem Wissensstand über den Zensus zusammenhängt.

Für die Bewertungen und Einstellungen gegenüber der Volkszählung andererseits spielen die sozialstrukturellen Hintergrundgrößen nur eine untergeordnete Rolle. Zentral hierfür sind vielmehr die beiden Dimensionen der parteipolitischen Orientierung und der Haltung zum politischen System. Befürwortung des Zensus kommt einerseits eher bei Anhängern bürgerlicher und konservativer Parteien vor, bei Personen, welche sich selbst politisch als eher rechts einstufen, und andererseits bei Bürgern, welche mit der Demokratie in Deutschland insgesamt zufrieden sind und den Institutionen des Staates ein höheres Ausmaß an Vertrauen entgegenbringen. Dabei ist die Wirkung der letzteren Variablen, also der Einstellungen zum politischen System, stärker als die der parteipolitischen oder ideologischen Orientierungen. Nach den Ergebnissen der damaligen Forschung war dies in den achtziger Jahren deutlich anders; damals dominierte die parteipolitische Polarisierung.

Erstaunen mag auf den ersten Blick, dass ein höherer Kenntnisstand zum Zensus nicht automatisch mit positiveren Einstellungen diesem Unterfangen gegenüber einhergeht. Es ist im Gegenteil sogar so, dass die Menschen mit höherem Wissen über die Volkszählung in ihren Einstellungen dazu stärker polarisiert sind. Wer mehr über den Zensus weiß ist entweder deutlicher dafür oder dagegen als wenn der Kenntnisstand ein eher geringer ist. Dies ist natürlich kein willkommener Befund, wenn man, wie es zu den Standardreflexen des politischen Diskurses gehört, der

Auffassung ist, mit Werbekampagnen könne man den Informationsstand in der Bevölkerung verbessern und damit auch mehr Zustimmung zum Zensus mobilisieren. Diese verbreitete Reaktion auf gesellschaftliche Probleme, man müsse nur mehr aufklären und „erziehen“, dann würden unerwünschte Haltungen in der Bevölkerung abgebaut, ist wohl ebenso unvermeidlich wie unrealistisch. Allerdings muss dabei von einem zu harten Urteil über den möglichen Erfolg von „Erziehungsmaßnahmen“ gewarnt werden. Diese Untersuchung hat gezeigt, dass bei Kontrolle aller übrigen relevanten Einflussgrößen kein signifikanter Effekt des Wissens über den Zensus auf die Einstellungen dazu besteht. Dies ist ein im Querschnitt erarbeiteter Befund: Wer mehr über den Zensus weiß, steht ihm nicht automatisch positiver gegenüber. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Verbreitung von Informationen nicht den einen oder anderen Bürger dazu bringen könnte, seine Haltung gegenüber der Volkszählung zu revidieren. Solche dynamischen quasi-experimentellen Prozesse mit einer Abfolge von Vorher – Intervention – Nachher lassen sich natürlich mit einem Querschnittsdesign nicht erfassen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir hinsichtlich der Bevölkerungseinstellungen zum Zensus zwischen der Gegenwart und den achtziger Jahren erstaunlich viele Parallelen vorfinden, obwohl doch die Bevölkerung nach über 25 Jahren zu einem erheblichen Anteil nicht mehr dieselbe ist und selbst jüngere Aktivisten von damals inzwischen auf das Rentenalter zugehen. Schon in den achtziger Jahren waren die Kenntnisse über die Volkszählung relativ begrenzt. Auch damals konnte man feststellen, dass die Bürger eher überrascht waren, wie wenig in ihre Privatsphäre eindringend die tatsächlichen Erhebungsbögen waren. Ein relativ geringes Informationsniveau kennzeichnet auch das Vorfeld des Zensus 2011, einschließlich hinsichtlich dessen, was bei einer solchen Übung eigentlich erfasst werden soll. Starke Parallelen bestehen auch bei den Grunddimensionen dessen, was als Begründung für eine Ablehnung des Zensus angeführt wird. Schon in den achtziger Jahren waren es eigentlich dieselben Punkte wie in unserer Erhebung vom letzten Herbst. Viele Bürger empfinden eine Volkszählung (vielleicht genau deshalb, weil sie nicht genau wissen, was man von ihnen wissen möchte) als eine Bedrohung für ihre Privatsphäre. Viele trauen dem Datenschutz nicht und meinen, dass die erhobenen Daten, wenn man sie erst einmal hat, dann doch an andere Stellen weitergegeben und zu anderen Zwecken als ursprünglich angegeben genutzt werden. Schließlich

sind auch viele Leute der Auffassung, der Staat habe kein Recht auf solche Eingriffe in die Privatsphäre seiner Bürger und keinen Anspruch, derartige Informationen von ihnen zu erheben.

Ebenfalls parallel ist der Befund, dass die Einstellungen zum Zensus stark von der parteipolitischen Orientierung und der Einstellung zur Demokratie in Deutschland abhängen. Hier ist allerdings auch ein wichtiger Unterschied zu beobachten. In den achtziger Jahren war die parteipolitische Polarisierung viel stärker. Der Widerstand gegen die Volkszählung hatte mit der neu in den Bundestag eingezogenen Partei der Grünen, die damals noch eindeutig eine Protestpartei waren, einen Kristallisationspunkt und eine sichtbare und lautstarke Vertretung. Die Grünen waren in den siebziger Jahren als politische Formation der AKW-Bewegung gestartet. Im weiteren Verlauf hatten sie sich nach dem Doppelbeschluss der NATO zur Mittelstreckenraketenrüstung zusätzlich auf das Friedensthema gestürzt und mit der Opposition gegen die Volkszählung ein weiteres Problemfeld eines zu starken und die Freiheiten der Bürger beeinträchtigenden Staates aufgegriffen. Sie waren zunächst eine Partei gegen den Atomstaat und wandten sich dann später auch gegen den „Militärstaat“ und mit dem Kampf gegen die Volkszählung auch gegen den „Überwachungsstaat“. Durch die Grünen war diese Oppositionshaltung in zentralen Politikfeldern von den außerparlamentarischen sozialen Bewegungen in die parlamentarische Auseinandersetzung transportiert worden.

Im Gegensatz zu den achtziger Jahren gab es jedoch im Vorfeld des Zensus 2011 keine Partei, auch nicht die Grünen oder die Linken, welche sich explizit und massiv gegen den Zensus stellte. Damit war eine vergleichbare Ausgangslage für eine parteipolitische Polarisierung über der Frage des Zensus nicht gegeben. In der Bevölkerung ist sicherlich ein entsprechendes Polarisierungspotential auch jetzt vorhanden, ein solches Potential kann aber nur dann in öffentlich und massenhaft wirksames Verhalten und Einstellungsveränderungen umgesetzt werden, wenn seitens politischer Eliten entsprechende Vorlagen geliefert werden oder außerparlamentarische Bewegungen sich des Themas nachhaltig annehmen. Beides war in den letzten Jahren vor dem Zensus 2011 nicht der Fall. Hätte eine Partei wie etwa die Grünen sich vor ein oder zwei Jahren vehement gegen den Zensus 2011 positioniert, hätte das Politisierungspotential in der Bevölkerung durchaus erneut in

eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung über dieses Thema überführt werden können, da die anderen Parteien dazu dann ja auch hätten Position beziehen müssen, was auch auf ihrer Seite die Anhänger mobilisiert hätte.

Das Potential für eine erneute heftige Auseinandersetzung über den Zensus war also in den Bevölkerungseinstellungen auch jetzt vorhanden, mangels des Auftretens einer dezidiert gegen den Zensus agierenden Partei eskalierte diese latente Polarisierung jedoch nicht. Insofern kann man abschließend sagen, dass die Politik und die zuständigen Behörden mit dem Zensus 2011 Glück gehabt haben. Die Bundesrepublik hatte im letzten Jahrzehnt wahrlich genug Datenschutzskandale vorzuweisen, die man bei einer entsprechenden politischen Themengestaltung durchaus in Verbindung zum Zensus hätte bringen können. Dies passierte jedoch kaum – vielleicht nur aus dem Grund, dass die letzten wirklich großen Datenschutzskandale nun doch schon ein paar Jahre zurück liegen, die Probleme der Gegenwart immer präsenter sind und sich deshalb besser ausschlichten lassen und schließlich die Bürger die Politik vorwiegend in relativ kurzfristigen Zeithorizonten beurteilen. Letzteres ist ja geradezu eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren von demokratischer Machtübertragung auf Zeit geworden.

11. Literatur

Bergmann, Nicole (2009): Volkszählung und Datenschutz: Proteste zur Volkszählung 1983 und 1987 in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg: Diplomica Verlag

Kühnel, Steffen (1993): Zwischen Boykott und Kooperation: Teilnahmeabsicht und Teilnahmeverhalten bei der Volkszählung 1987. Frankfurt am Main: Peter Lang

Scheuch, Erwin K., Lorenz Gräf und Steffen Kühnel (1989): Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten: Ergebnisse einer Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987. Stuttgart: Metzler-Poeschel

Anhang 1: Zuordnung von Merkmalsbezeichnungen in den Tabellen zum Fragebogen (in der Reihenfolge der Nennung in den Tabellen)

Frage	Variable
Tabelle 1	
Von Zensus 2011 gehört	z01a
Von Zensus 2011 gehört von/in:	
Zeitung	zeitungz
Internet	lnetz
Radio	radioz
TV	TVz
Bekanntem, Freunden	kontaktz
Ja, es gab schon mal eine Volkszählung	z02a
Ja, ich weiß, wann das war	z02b
Angabe des Jahres der letzten Volkszählung	z02b
Tabelle 2	
Subjektiver Informationsstand	Infoz
Was wird im Zensus erhoben:	
Staatsangehörigkeit	z05ad
Alter	z05ab
Wohnsitz	z05aa
Familienstand	z05ac
Erwerbstätigkeit	Berufz
Schulbildung	z05af
Arbeitslosigkeit	z05ae
Religion	Relz
Einkommen	Lohnz
Fernseher im Haushalt	fernz
Bezahlte Steuern	Steuerz
Wahlverhalten	z05aj
Beantwortung ist Pflicht	pflichtz
Nur ein Teil der Bevölkerung wird befragt	befragtz
Statistische Ämter können andere Daten nutzen	datenz
Offene Frage „registriertes Zensus“	z09
Bevölkerung ist für oder gegen Zensus	z06
Verwandte/Freunde sind für oder gegen Zensus	z16

Tabelle 4

Bereitschaft zur Angabe von:

Staatsangehörigkeit	z03d
Alter	z03b
Wohnsitz	z03a
Familienstand	z03c
Erwerbstätigkeit	z03g
Schulbildung	z03f
Arbeitslosigkeit	z03k
Religion	z03e
Einkommen	z03l
Fernseher im Haushalt	z03k
Bezahlte Steuern	z03i
Wahlverhalten	z03j

Tabelle 5

Einverstanden mit Zensus 2011	z02
Ablehnung Boykott 1987	z10
Persönlich kein Boykott 1987	z11
Keine Befürchtung wegen Datenweitergabe	z15
Ablehnung Klage BVerfG begrüßt	z14
Gefährdung der Selbstbestimmung über Daten durch:	
Vorratsdatenspeicherung	z13b
Speicherung von Geldkartentransaktionen	z13e
Steueridentifikationsnummer	z13a
Geografische Informationsdienste	z13d
Zensus 2011	z13c
Aussagen zum Zensus:	
Einwohnerzahl wird bekannt sein	z12af
Staat soll Informationen anders beschaffen	z12ac
Ausländerzahl wird bekannt sein	z12bd
Bund etc. können Aufgaben besser erfüllen	z12aa
Verwaltung braucht neue Zahlen	z12bf
Zensus 2011 bringt keine neuen Erkenntnisse	z12ae
Steuergelder gerechter verteilt	z12bc
Zensus 2011 verletzt Datenschutz	z12ad
Zensus 2011 baut Überwachungsstaat aus	z12ba
Daten der Bürger gehen Staat nichts an	z12ag
Staat hat schon alle Angaben	z12bg
zu viele Dinge werden erhoben	z12be
Zensus 2011 ist zu teuer	z12bb
Bußgeld bei Verweigerung	z12ab

Tabelle 6

Gründe für Ablehnung des Zensus	z17a
---------------------------------	------

Tabelle 9

Geschlecht	s_0
Kinder im Haushalt	HH2

Tabelle 10

Wahlabsicht:

Erststimme

a08a

Zweitstimme

a08b

Tabelle 11

Jetzt oder früher im Öffentlichen Dienst

a40, a40a

Tabelle 12

Politisches Interesse

a01

Demokratiezufriedenheit

a02

Institutionenvertrauen

e50i-e50m

Links-Rechts-Selbsteinstufung

a33

Stärke der Parteiidentifikation

a37

Skalometer Parteien:

CDU/CSU

a12a/a12b

SPD

a12c

FDP

a12d

Bündnis 90/Grüne

a12e

Die Linke

a12f

Skalometer Bundesregierung

a13

Tabelle 14

Alter

s_3

Schulbildung

s_5

Geburtsland (Ostdeutschland/Ausland)

a45

Personen im Haushalt

HH1

Mitgliedschaften

a39a-a39l

Wohnortgröße (Einwohnerzahl)

Wohn2

Anhang 2: Fragebogen

Variable: s_0 Erhebung: T2	Themenk: Quoten Item: Geschlecht
---	---

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1; Alle drei Quotenfragen (s_0, s_3, s_5) auf einem Screen; Es muss bei Geschlecht, Alterskategorien und Schulabschluss etwas angegeben werden, damit die Befragung fortgesetzt werden kann.

Filter:

Fragetext:

Bitte geben Sie zunächst Ihr Geschlecht, Ihr Alter und Ihren Schulabschluss an.

Geschlecht:

- weiblich
- männlich

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) männlich
- (2) weiblich

Variable: s_3 Erhebung: T2	Themenk: Quoten Item: Alter, kategorisiert
---	---

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Wie alt sind Sie?

- 18 bis 29 Jahre
- 30 bis 39 Jahre
- 40 bis 49 Jahre
- 50 bis 59 Jahre
- 60 Jahre und älter

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) 18 bis 29 Jahre
- (2) 30 bis 39 Jahre
- (3) 40 bis 49 Jahre
- (4) 50 bis 59 Jahre
- (5) 60 Jahre und älter

Variable: s_5
Erhebung: T2

Themenk: Quoten
Item: Schulbildung

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Welchen Schulabschluss haben Sie?

- Abitur, Fachhochschulreife oder gleichwertiger Abschluss
- Mittlere Reife, Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule (10. Klasse) oder gleichwertiger Abschluss
- Hauptschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss
- keinen Schulabschluss
- bin noch Schüler

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) Abitur, Fachhochschulreife oder gleichwertiger Abschluss
- (2) Mittlere Reife, Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule (10. Klasse) oder gleichwertiger Abschluss
- (3) Hauptschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss
- (4) keinen Schulabschluss
- (5) bin noch Schüler

Variable: a01
Erhebung: T2

Themenk: Einstellungen zur Politik allgemein
Item: Politisches Interesse, allgemein

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Wie stark interessieren Sie sich im Allgemeinen für Politik?

- sehr stark
- stark
- mittelmäßig
- weniger stark
- überhaupt nicht

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) sehr stark
- (2) stark
- (3) mittelmäßig
- (4) weniger stark
- (5) überhaupt nicht
- (99) keine Angabe

Variable: a02
Erhebung: T2

Themenk: Einstellungen zur Politik allgemein
Item: Demokratiezufriedenheit

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?

- sehr zufrieden
- ziemlich zufrieden
- teils zufrieden, teils unzufrieden
- ziemlich unzufrieden
- sehr unzufrieden

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) sehr zufrieden
- (2) ziemlich zufrieden
- (3) teils zufrieden, teils unzufrieden
- (4) ziemlich unzufrieden
- (5) sehr unzufrieden
- (99) keine Angabe

Variable: a08a-b
Erhebung: T2

Themenk: Wahlentscheidung
Item: Beabsichtigte Stimmabgabe

Darstellungshinweis:

Musterstimmzettel mit Erst- und Zweitstimme abbilden;
nur ein gemeinsames Feld für Erst- und Zweitstimme bei den Antwortkategorien "bin nicht wahlberechtigt" und "würde nicht wählen"; dieses in der Mitte platzieren;
Wenn eines dieser beiden Felder ("bin nicht wahlberechtigt" und "würde nicht wählen") angegeben wurde, dann kann bei den Stimmen keine andere Antwort mehr gegeben werden;
mit "weiß nicht" Kategorie;
Wenn "andere Partei, und zwar" angeklickt wurde, dann muss auch ein Text eingegeben werden (Plausicheck)

Filter:

Fragetext:

Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen stattfinden würden, was würden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen?

(A) Erststimme:

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- DIE LINKE
- andere Partei, und zwar _____

- weiß nicht

(B) Zweitstimme

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- DIE LINKE
- andere Partei, und zwar _____

- weiß nicht

bei Erst- und Zweitstimme:

- bin nicht wahlberechtigt
- würde nicht wählen

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) CDU/CSU
- (4) SPD
- (5) FDP
- (6) Bündnis 90/Die Grünen
- (7) DIE LINKE
- (8) andere Partei, und zwar ____ [Codierung durch Insitut]
- (96) bin nicht wahlberechtigt
- (97) würde nicht wählen
- (98) weiß nicht
- (99) keine Angabe

Variable: z01a
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: Kenntnis Zensus 2011

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Haben Sie schon einmal etwas vom „Zensus 2011“ gehört?

- ja
- nein

Filterweiterleitung:

wenn 1 >> zeitungz, lnetz, radioz, TVz, kontaktz
wenn 2, 99 >> z02a

Codierung:

- (1) ja
- (2) nein
- (99) keine Angabe

Variablen: zeitungz, lnetz, radioz, TVz, kontaktz
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: Kenntnis Zensus 2011, Herkunft

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1; Mehrfachnennung

Filter: wenn 1 in z01a

Fragetext:

Woher haben Sie davon gehört?
(Mehrfachantworten möglich)

- aus der Zeitung
- aus dem Internet
- aus dem Radio
- aus dem Fernsehen
- von Bekannten, Verwandten, oder Freunden erfahren

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (0) nicht genannt
- (1) genannt

Variable: z02a	Themenk: Zensus
Erhebung: T1	Item: Wissen vorherige Volkszählung

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Der Zensus 2011 ist eine Volkszählung, die im Mai 2011 in Deutschland durchgeführt wird. Wissen Sie, ob es in Deutschland schon einmal eine Volkszählung gab?

- ja, es gab schon einmal eine Volkszählung
- nein, es gab noch keine Volkszählung

Filterweiterleitung:

wenn 1 >> z02b

wenn 2, 99 >> Infoz

Codierung:

- (1) ja, es gab schon einmal eine Volkszählung
- (2) nein, es gab noch keine Volkszählung
- (99) keine Angabe

Variable: z02b	Themenk: Zensus
Erhebung: T1	Item: Wissen vorherige Volkszählung, wann

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1 mit Textfeld;
wenn lediglich „ja“ angeklickt, aber keine Jahreszahl eingetragen, oder Jahreszahl nicht vierstellig: Plausicheck; wenn lediglich Jahreszahl eingetragen wurde, soll automatisch der „ja-Button“ markiert sein

Filter: wenn 1 in z02a

Fragetext:

Und wissen Sie zufällig in welchem Jahr das zuletzt war?

- ja, und zwar im Jahr _____
- nein, weiß ich nicht

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) ja, und zwar im Jahr (exakte Jahreszahl in zweiter Variable)
- (2) nein, weiß ich nicht
- (99) keine Angabe

Variable: Infoz
Erhebung: T1

Themenk: Zensus
Item: Informationsgrad

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Was würden Sie sagen, wie gut sind Sie über den Zensus 2011 informiert?

- sehr gut informiert
- gut informiert
- weniger gut informiert
- überhaupt nicht informiert

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (4) sehr gut informiert
- (3) gut informiert
- (2) weniger gut informiert
- (1) überhaupt nicht informiert
- (99) keine Angabe

Variable: z05aa, z05ad, Berufz, Lohnz, z05aj, Relz,
z05ae, z05af, z05ac, z05ab, fernz, Steuerz
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: erhobene Daten

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2

Filter:

Fragetext:

Was glauben Sie, welche persönlichen Angaben beim Zensus 2011 erfasst werden?

- Wo man wohnt.
- Welche Staatsangehörigkeit man besitzt.
- Welchen Beruf man ausübt.
- Wie viel man verdient.
- Welche Partei man wählt.
- Welchem Glauben man angehört.
- Ob man arbeitslos ist.
- Welchen Schulabschluss man besitzt.
- Ob man verheiratet ist.
- Wie alt man ist.
- Ob man einen Fernseher besitzt.
- Wie viel Steuern man bezahlt.

- bestimmt nicht
- vermutlich nicht
- vermutlich
- bestimmt

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) bestimmt
- (2) vermutlich
- (3) vermutlich nicht
- (4) bestimmt nicht
- (99) keine Angabe

Variable: z03a, z03d, z03g, z03i, z03j, z03h, z03e
z03f, z03c, z03b, z03l, z03k

Erhebung: T2

Themenk: Zensus

Item: Auskunft über Daten

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2

Filter:**Fragetext:**

Und worüber würden Sie selbst dabei Auskunft geben?

- Wo ich wohne.
- Welche Staatsangehörigkeit ich besitze.
- Welchen Beruf ich ausübe.
- Wie viel ich verdiene.
- Welche Partei ich wähle.
- Welchem Glauben ich angehöre.
- Ob ich arbeitslos bin.
- Welchen Schulabschluss ich besitze.
- Ob ich verheiratet bin.
- Wie alt ich bin.
- Ob ich einen Fernseher besitze.
- Wie viel Steuern ich zahle.

- auf keinen Fall
- vielleicht
- wahrscheinlich
- auf jeden Fall

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) auf keinen Fall
- (2) vielleicht
- (3) wahrscheinlich
- (4) auf jeden Fall
- (99) keine Angabe

Variable: pflichtz
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: Teilnahmepflicht

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Was glauben Sie, ist die Teilnahme am Zensus 2011 freiwillig oder ist man durch Gesetz zur Teilnahme verpflichtet?

- Teilnahme ist freiwillig
- man ist durch Gesetz zur Teilnahme verpflichtet

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) Teilnahme ist freiwillig
- (2) man ist durch das Gesetz verpflichtet
- (99) keine Angabe

Variable: befragtz
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: Stichprobe

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Was glauben Sie, wer wird beim Zensus 2011 befragt?

- die gesamte Bevölkerung
- nur ein kleiner Teil der Bevölkerung

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) die gesamte Bevölkerung
- (2) nur ein kleiner Teil der Bevölkerung
- (99) keine Angabe

Variable: datenz
Erhebung: T1/T2

Themenk: Zensus
Item: Erhebung Daten

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Der Zensus 2011 wird von den statistischen Landesämtern durchgeführt. Was glauben Sie, müssen die statistischen Ämter für alles, was Sie wissen möchten, die Bürger befragen oder dürfen sie sich persönliche Angaben auch von anderen Ämtern (z.B. Arbeitsamt oder Einwohnermeldeamt) besorgen?

- Die statistischen Ämter müssen alle persönlichen Angaben von den Bürgern erfragen.
- Die statistischen Ämter dürfen sich persönliche Angaben auch von anderen Ämtern besorgen

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) Die statistischen Ämter müssen alle persönlichen Angaben von den Bürgern erfragen.
- (2) Die statistischen Ämter dürfen sich persönliche Angaben auch von anderen Ämtern besorgen.
- (99) keine Angabe

Variable: a12a-f
Erhebung: T2

Themenk: Allgemeine Parteibewertung
Item: Skalometer Parteien

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2; Skala: -5 bis +5, mit Nullpunkt;

Beschriftung: -5 mit "halte überhaupt nichts von der Partei" und +5 "halte sehr viel von der Partei";
 mit "kann ich nicht einschätzen"- Kategorie;

Filter:**Fragetext:**

Wenn Sie jetzt einmal an die politischen Parteien in Deutschland denken. Was halten Sie ganz allgemein von den politischen Parteien?

Bitte beschreiben Sie dies mit einer Skala von -5 bis +5.

- (A) CDU
- (B) CSU
- (C) SPD
- (D) FDP
- (E) Grüne
- (F) DIE LINKE

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) -5 halte überhaupt nichts von der Partei
- (2) -4
- (3) -3
- (4) -2
- (5) -1
- (6) 0
- (7) +1
- (8) +2
- (9) +3
- (10) +4
- (11) +5 halte sehr viel von der Partei
- (98) kann ich nicht einschätzen
- (99) keine Angabe

Variable: a13
Erhebung: T2

Themenk: Performanzbewertung
Item: Skalometer Regierung

Darstellungshinweis:

vgl. Grafik 2;

Skala: -5 bis +5, mit Nullpunkt;

Beschriftung: -5 "vollständig unzufrieden", +5 "voll und ganz zufrieden";

Filter:

Fragetext:

Und wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in Berlin?

Filterweiterleitung:

Codierung:

(1) -5 vollständig unzufrieden

(2) -4

(3) -3

(4) -2

(5) -1

(6) 0

(7) +1

(8) +2

(9) +3

(10) +4

(11) +5 voll und ganz zufrieden

(99) keine Angabe

Variable: z02
Erhebung: T2

Themenk: Zensus
Item: Befürwortung Zensus

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2; Skala: -3 bis +3, mit Nullpunkt;

Beschriftung: -3 mit "überhaupt nicht einverstanden" und +3 "voll und ganz einverstanden"

Filter:

Fragetext:

Was ist Ihre persönliche Meinung zum Zensus 2011? Sind Sie mit dem Zensus...

Filterweiterleitung:

Codierung:

(1) -3 überhaupt nicht einverstanden

(2) -2

(3) -1

(4) 0

(5) +1

(6) +2

(7) +3 voll und ganz einverstanden

(99) keine Angabe

Variable: z10 Erhebung: T2	Themenk: Zensus Item: Verweigerung Teilnahme 1987
---	--

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Bei der letzten Volkszählung in Deutschland wurde zu einer Verweigerung der Teilnahme an der Volkszählung aufgerufen. Finden Sie die Aufrufe zur Verweigerung der Teilnahme an der damaligen Volkszählung von heute aus gesehen richtig?

- ja
- nein

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) ja
- (2) nein
- (99) keine Angabe

Variable: z11 Erhebung: T2	Themenk: Zensus Item: Verweigerung Teilnahme 2011
---	--

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Und wie ist das beim Zensus 2011? Würden Sie die Teilnahme verweigern?

- ja
- nein

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) ja
- (2) nein
- (99) keine Angabe

Variable: z06 Erhebung: T2	Themenk: Zensus Item: Zustimmung Zensus Bevölkerung
---	--

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Und wenn Sie einmal an die gesamte Bevölkerung denken. Was glauben Sie, sind die meisten Menschen in Deutschland für oder gegen den Zensus 2011?

- die meisten dafür
- mehr dafür als dagegen
- mehr dagegen als dafür
- die meisten dagegen

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) die meisten dafür
- (2) mehr dafür als dagegen
- (3) mehr dagegen als dafür
- (4) die meisten dagegen
- (99) keine Angabe

Variable: z16
Erhebung: NEU

Themenk: Zensus
Item: Zustimmung Zensus Bekanntenkreis

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:**Fragetext:**

Und wie ist das bei Ihren Freunden oder Bekannten?

- die meisten dafür
- mehr dafür als dagegen
- mehr dagegen als dafür
- die meisten dagegen

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) die meisten dafür
- (2) mehr dafür als dagegen
- (3) mehr dagegen als dafür
- (4) die meisten dagegen
- (99) keine Angabe

Variable: z17a, z17b
Erhebung: NEU

Themenk: Zensus
Item: Kritik Zensus

Darstellungshinweis: 2 Textfelder, optische Begrenzung der Zeichen auf 250. Tatsächlich aber keine Begrenzung vornehmen. Bezeichnung „wichtigster Grund“ vor dem ersten Textfeld, Bezeichnung „zweitwichtigster Grund“ vor dem zweiten Textfeld.

Filter:**Fragetext:**

Manche Menschen sind gegenüber dem Zensus 2011 kritisch eingestellt. Was könnten Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Gründe für eine Ablehnung des Zensus 2011 sein?

Filterweiterleitung:

Codierung: [Codierung durch Insitut]
 (999) keine Angabe

Variable: z13a-z13e
Erhebung: NEU

Themenk: Zensus
Item: Gefährdung Datenschutz

Darstellungshinweis: vgl. Animation

Filter:

Fragetext:

Wodurch wird Ihrer Meinung nach die Selbstbestimmung der Bürger über sie betreffende Daten am stärksten, am zweitstärksten, am drittstärksten, am viertstärksten und am wenigsten stark gefährdet?

Bitte ziehen Sie dafür die fünf Felder von der linken auf die rechte Bildschirmseite, so dass die **stärkste Gefährdung ganz oben** steht und die am wenigsten starke Gefährdung ganz unten. Beginnen Sie mit der stärksten Gefährdung . Sie können Ihre Auswahl anschließend auch auf der rechten Seite noch korrigieren.

- die Einführung der Steueridentifikationsnummer
- die Speicherung von Verbindungsdaten von Telefon und Internet
- den Zensus 2011
- geografische Informationsdienste wie „Google Street View“ oder „Google Earth“
- Speicherung von Daten ihrer Käufe mit Geldkarten durch Banken

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) 1. Platzierung
- (2) 2. Platzierung
- (3) 3. Platzierung
- (4) 4. Platzierung
- (5) 5. Platzierung
- (99) keine Angabe

Variable: a33
Erhebung: T2

Themenk: Politische Position
Item: Links-Rechts-Selbsteinstufung

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2; Skala: 1 bis 11;
 Beschriftung: 1 "links" und 11 "rechts"; mit "weiß nicht"- Kategorie

Filter:

Fragetext:

In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". Wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 1 "links" und 11 "rechts" ist?

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) 1 links
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10
- (11) 11 rechts
- (98) weiß nicht
- (99) keine Angabe

Variable: e50i, e50k, e50j, e50l, e50m
Erhebung: T2

Themenk: Europa, Institutionen
Item: Vertrauen

Darstellungshinweis: Grafik 2; Skala von 0 bis 10 , mit Nullpunkt;
 Beschriftung: 0 "vertraue der Institution überhaupt nicht"; 10 "vertraue der Institution voll und ganz";
 mit "kenne ich nicht"-Kategorie

Filter:**Fragetext:**

Hier werden verschiedene politische Institutionen aufgeführt. Bitte geben Sie zu jeder Institution an, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen.

- (A) Bundesverfassungsgericht
- (B) Bundesregierung
- (C) Bundestag
- (D) Bundesrat
- (E) Bundesbank

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) 0 vertraue der Einrichtung überhaupt nicht
- (2) 1
- (3) 2
- (4) 3
- (5) 4
- (6) 5
- (7) 6
- (8) 7
- (9) 8
- (10) 9
- (11) 10 vertraue der Einrichtung voll und ganz
- (98) kenne ich nicht
- (99) keine Angabe

Variable: z12aa-z12ag
Erhebung: NEU

Themenk: Zensus
Item: Aussagen Zensus 1

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2; Skala: -2 bis +2, mit Nullpunkt;
 Beschriftung: -2 mit "stimme überhaupt nicht zu" und +2 "stimme voll und ganz zu"

Filter:

Fragetext:

Zum Zensus 2011 gibt es unterschiedliche Meinungen. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

- „Durch den Zensus 2011 können Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben besser erfüllen.“
- „Wer die geforderten Angaben bei einer Volkszählung nicht macht, sollte ein Bußgeld bezahlen müssen.“
- „Der Staat soll sich die Informationen, die er braucht, auf eine andere Art als durch eine Volkszählung beschaffen.“
- „Der Zensus 2011 verletzt den Schutz der Daten der Bürger.“
- „Die Ergebnisse einer Volkszählung bringen keine neuen Erkenntnisse.“
- „Nach dem Zensus 2011 wird wieder jede Gemeinde ihre genaue Einwohnerzahl kennen.“
- „Die persönlichen Daten der Bürger gehen den Staat nichts an.“

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) -2 stimme überhaupt nicht zu
- (2) -1
- (3) 0
- (4) +1
- (5) +2 stimme voll und ganz zu
- (99) keine Angabe

Variable: z14
Erhebung: NEU

Themenk: Zensus
Item: Zustimmung Klage

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich eine Klage gegen das Zensusgesetz 2011 nicht zur Entscheidung angenommen. Bedauern Sie dies, begrüßen Sie dies, oder ist es Ihnen egal?

- bedauere ich
- begrüße ich
- ist mir egal

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) bedauere ich
- (2) begrüße ich
- (3) ist mir egal
- (99) keine Angabe

Variable: z15 Erhebung: NEU	Themenk: Zensus Item: Befürchtungen Weitergabe Daten
--	---

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Manche Leute befürchten, dass die persönlichen Angaben, die beim Zensus 2011 erhoben werden, nicht vertraulich bei den statistischen Ämtern bleiben, sondern an andere staatliche Stellen weitergegeben werden. Teilen sie diese Befürchtungen?

- ja
- nein

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) ja
- (2) nein
- (99) keine Angabe

Variable: z12ba-z12bg Erhebung: NEU	Themenk: Zensus Item: Aussagen Zensus 2
--	--

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2; Skala: -2 bis +2, mit Nullpunkt;
Beschriftung: -2 mit "stimme überhaupt nicht zu" und +2 "stimme voll und ganz zu"

Filter:

Fragetext:

Und hier nochmals ein paar Meinungen zum Zensus 2011. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

- „Der Zensus 2011 dient dem Ausbau des Überwachungsstaats.“
- „Der Zensus 2011 ist viel zu teuer.“
- „Nach dem Zensus 2011 können Steuergelder gerechter auf Bundesländer und Gemeinden verteilt werden.“
- „Nach dem Zensus 2011 wird man genau wissen, wieviele Ausländer in Deutschland leben.“
- „Beim Zensus 2011 werden zu viele Dinge erhoben, die den Staat nichts angehen.“
- „Volkszählungen müssen durchgeführt werden, weil die Verwaltung neue Zahlen braucht.“
- „Der Staat hat alle Angaben ohnehin schon bei verschiedenen Behörden vorliegen und sollte diese verwenden.“

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) -2 stimme überhaupt nicht zu
- (2) -1
- (3) 0
- (4) +1
- (5) +2 stimme voll und ganz zu
- (99) keine Angabe

Variable: z09	Themenk: Zensus
Erhebung: NEU	Item: registergestützter Zensus

Darstellungshinweis: Textfeld; optische Begrenzung der Zeichen auf 250. Tatsächlich aber keine Begrenzung vornehmen.

Filter:

Fragetext:

Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen ist der Zensus 2011 ein so genannter „registergestützter Zensus“. Was meinen Sie was das bedeutet?

Filterweiterleitung:

Codierung: [Codierung durch Insitut]
(9999) keine Angabe

Variable: a11b	Themenk: Wahlentscheidung
Erhebung: T2	Item: Recall vorangegangene BTW (Zweitstimme)

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1; die 3 letzten Kategorien (war nicht wahlberechtigt, habe nicht gewählt, weiß nicht) mit einer Leerzeile etwas absetzen
Wenn "andere Partei, und zwar" angeklickt wurde, dann muss auch ein Text eingegeben werden (Plausicheck)

Filter:

Fragetext:

Wie war das eigentlich bei der letzten Bundestagswahl im September 2009: Wen haben Sie damals mit Ihrer Zweitstimme gewählt?

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- DIE LINKE
- andere Partei, und zwar _____
- war nicht wahlberechtigt
- habe nicht gewählt
- weiß nicht

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) CDU/CSU
- (4) SPD
- (5) FDP
- (6) Bündnis 90/Die Grünen
- (7) DIE LINKE
- (8) andere Partei [Codierung durch Institut]
- (96) war nicht wahlberechtigt
- (97) habe nicht gewählt
- (98) weiß nicht
- (99) keine Angabe

Variable: gebjahr
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Geburtsjahr

Darstellungshinweis:

Textfeld;
 k.A.-Option;
 Plausicheck: nur Zahl zwischen 1890 und 1992 angeben lassen; kein Text, keine Sonderzeichen möglich!

Filter:

Fragetext:

In welchem Jahr sind Sie geboren?

Filterweiterleitung:

Codierung:

(xxxx) Codierung durch Institut
 (999) keine Angabe

Variable: a50n
Erhebung: T2/WKP

Themenk: Soziodemographie
Item: Erwerbstätigkeit

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Und nun weiter mit Ihrer Erwerbstätigkeit. Was von dieser Liste trifft auf Sie zu?

- Vollzeit berufstätig (mehr als 30 Stunden/Woche)
- Teilzeit berufstätig (bis 29 Stunden/Woche)
- in Ausbildung als Lehrling/Azubi
- Student/in
- Schüler/in
- Wehr-, Zivildienstleistender
- in Umschulung bzw. einer vom Arbeitsamt finanzierten Bildungsmaßnahme
- zurzeit in Kurzarbeit, Nullarbeit
- zurzeit arbeitslos
- Pensionär/in, Rentner/in, im Vorruhestand
- Hausfrau/Hausmann
- in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub

Filterweiterleitung:

wenn 1, 2, 14, 12 >> a40
 wenn 6, 7, 9, 10, 11 >> a40a
 wenn 5, 8, 13, 99 >> Reli

Codierung:

- (1) Vollzeit berufstätig (30+ Stunden/Woche)
- (2) Teilzeit berufstätig (bis 29 Stunden/Woche)
- (14) in Ausbildung als Lehrling/Azubi
- (5) Student/in
- (13) Schüler/in
- (8) Wehr- bzw. Zivildienstleistende/r
- (6) in Umschulung bzw. einer vom Arbeitsamt finanzierten Bildungsmaßnahme
- (12) zurzeit in Kurzarbeit, Nullarbeit
- (7) zurzeit arbeitslos
- (9) Pensionär/in/Rentner/in, im Vorruhestand
- (10) nicht berufstätig (Hausfrau/Hausmann)
- (11) in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub
- (99) keine Angabe

Variable: a40
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Beschäftigungssektor

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 1, 2, 14, 12 in a50n

Fragetext:

In welchem Bereich sind Sie beschäftigt?

- Öffentlicher Dienst
- Bundes- oder landeseigenes Unternehmen
- Gemeinnütziges Unternehmen
- Privatwirtschaftliches Unternehmen

Filterweiterleitung: weiter zu a53

Codierung:

- (1) Öffentlicher Dienst
- (2) bundes- oder landeseigenes Unternehmen
- (3) gemeinnütziges Unternehmen
- (4) privatwirtschaftliches Unternehmen
- (99) keine Angabe

Variable: a53
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Beruf

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn a40

Fragetext:

Und nun zu Ihrem Beruf. Bitte ordnen Sie Ihren Beruf anhand folgender Liste ein.

- selbstständiger Landwirt
- akademisch freier Beruf (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)
- selbstständig in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen u.ä.
- Beamter, Richter, Berufssoldat
- Angestellter
- Arbeiter
- Auszubildender
- mithelfender Familienangehöriger

Filterweiterleitung: weiter zu Reli

Codierung:

- (1) selbstständiger Landwirt
- (2) akademisch freier Beruf (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)
- (3) selbstständig in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen u.ä.
- (4) Beamter, Richter, Berufssoldat
- (5) Angestellter
- (6) Arbeiter
- (7) Auszubildender
- (8) mithelfender Familienangehöriger
- (99) keine Angabe

Variable: a40a
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Beschäftigungssektor, früher

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 6, 7, 9, 10, 11 in a50n

Fragetext:

In welchem Bereich waren Sie beschäftigt?

- Öffentlicher Dienst
- Bundes- oder landeseigenes Unternehmen
- Gemeinnütziges Unternehmen
- Privatwirtschaftliches Unternehmen

Filterweiterleitung: weiter zu a53a

Codierung:

- (1) öffentlicher Dienst
- (2) bundes- oder landeseigenes Unternehmen
- (3) gemeinnütziges Unternehmen
- (4) privatwirtschaftliches Unternehmen
- (99) keine Angabe

Variable: a53a
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Beruf, früher

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn a40a

Fragetext:

Und nun zu Ihrem damaligen Beruf. Bitte ordnen Sie Ihren Beruf anhand folgender Liste ein.

- selbstständiger Landwirt
- akademisch freier Beruf (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)
- selbstständig in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen u.ä.
- Beamter, Richter, Berufssoldat
- Angestellter
- Arbeiter
- Auszubildender
- mithelfender Familienangehöriger

Filterweiterleitung: weiter zu Reli

Codierung:

- (1) selbstständiger Landwirt
- (2) akademisch freier Beruf (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)
- (3) selbstständig in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen u.ä.
- (4) Beamter, Richter, Berufssoldat
- (5) Angestellter
- (6) Arbeiter
- (7) Auszubildender
- (8) mithelfender Familienangehöriger
- (99) keine Angabe

Variable: Reli
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Religionszugehörigkeit

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1;
Antwortkategorie "andere" mit Textfeld,
wenn "andere _____" angeklickt wurde, dann muss Text eingegeben werden (Plausicheck)

Filter:

Fragetext:

Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

- römisch-katholisch
- evangelisch, protestantisch
- evangelische Freikirche
- andere christliche Konfession
- jüdisch
- muslimisch
- andere _____
- gehöre keiner Religionsgemeinschaft an

Filterweiterleitung:

wenn 1, 2, 3, 4 >> a42a

wenn 5 >> a42b

wenn 6 >> a42c

wenn 7, 8, 99 >> PID

Codierung:

(1) römisch-katholisch

(2) evangelisch, protestantisch

(3) evangelische Freikirche

(4) andere christliche Konfession

(5) jüdisch

(6) muslimisch

(7) gehöre keiner Religionsgemeinschaft an

(8) andere [Codierung durch Institut codiert]

(99) keine Angabe

Variable: a42a

Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie

Item: Kirchengangshäufigkeit, christlich

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 1, 2, 3, 4 in Reli

Fragetext:

Wie oft gehen Sie im Allgemeinen zur Kirche?

- nie

- einmal im Jahr

- mehrmals im Jahr

- einmal im Monat

- zwei- bis dreimal im Monat

- einmal die Woche

- öfter als einmal in der Woche

Filterweiterleitung: weiter mit PID

Codierung:

(1) nie

(2) einmal im Jahr

(3) mehrmals im Jahr

(4) einmal im Monat

(5) zwei- bis dreimal im Monat

(6) einmal die Woche

(7) öfter als einmal in der Woche

(99) keine Angabe

Variable: a42b
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Kirchgangshäufigkeit, jüdisch

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 5 in Reli

Fragetext:

Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in die Synagoge?

- nie
- einmal im Jahr
- mehrmals im Jahr
- einmal im Monat
- zwei- bis dreimal im Monat
- einmal die Woche
- öfter als einmal in der Woche

Filterweiterleitung: weiter mit PID

Codierung:

- (1) nie
- (2) einmal im Jahr
- (3) mehrmals im Jahr
- (4) einmal im Monat
- (5) zwei- bis dreimal im Monat
- (6) einmal die Woche
- (7) öfter als einmal in der Woche
- (99) keine Angabe

Variable: a42c
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Kirchgangshäufigkeit, muslimisch

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 6 in Reli

Fragetext:

Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in die Moschee?

- nie
- einmal im Jahr
- mehrmals im Jahr
- einmal im Monat
- zwei- bis dreimal im Monat
- einmal die Woche
- öfter als einmal in der Woche

Filterweiterleitung: weiter mit PID

Codierung:

- (1) nie
- (2) einmal im Jahr
- (3) mehrmals im Jahr
- (4) einmal im Monat
- (5) zwei- bis dreimal im Monat
- (6) einmal die Woche
- (7) öfter als einmal in der Woche
- (99) keine Angabe

Variable: PID
Erhebung: T2

Themenk: Prädisposition
Item: Parteidentifikation

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1; wenn "andere Partei, und zwar " angeklickt wurde, dann muss Text eingegeben werden (Plausicheck)

Filter:**Fragetext:**

In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- DIE LINKE
- andere Partei, und zwar _____
- keiner Partei

Filterweiterleitung:

wenn 1, 4, 5, 6, 7, 8 >> a37
wenn 89, 99 >> a39a

Codierung:

- (1) CDU/CSU
- (4) SPD
- (5) FDP
- (6) Bündnis 90/Die Grünen
- (7) DIE LINKE
- (8) andere Partei [Codierung durch Insitut]
- (89) keine Partei
- (99) keine Angabe

Variable: a37 Erhebung: T2	Themenk: Prädisposition Item: Parteiidentifikation, Stärke
---	---

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter: wenn 1, 4, 5, 6, 7, 8 in PID

Fragetext:

Wie stark oder wie schwach neigen Sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu?

- sehr stark
- ziemlich stark
- mäßig
- ziemlich schwach
- sehr schwach

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) sehr stark
- (2) ziemlich stark
- (3) mäßig
- (4) ziemlich schwach
- (5) sehr schwach
- (99) keine Angabe

Variable: a39a, a39c, a39f, a39g, a39h, a39i, a39j, a39k, a39l Erhebung: T2	Themenk: Soziodemographie Item: Organisationsmitgliedschaft
---	--

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 2;

Antwortmöglichkeiten: Checkboxes zum Abhaken, Mehrfachantworten möglich;
es darf nicht sein, dass "keine" und "irgend eine" Organisation gemeinsam genannt wird;
wenn "Partei, und zwar " angeklickt wurde, dann muss Text eingegeben werden (Plausicheck)

Filter:

Fragetext:

Sind Sie persönlich in einer oder mehreren der folgenden Organisationen Mitglied?
(Mehrfachantworten möglich)

- (A) Gewerkschaft
- (B) Berufsvereinigung/-verband
- (C) Sport-/Hobbyverein
- (D) Partei, und zwar _____
- (E) Globalisierungskritische Gruppe, wie z.B. ATTAC
- (F) Frauenorganisation
- (G) Umweltorganisation
- (H) andere Organisation
- (I) nein, ich bin in keiner Organisation Mitglied

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (0) nein
- (1) ja

Variable: a43an
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Deutsche Staatsbürgerschaft, seit wann

Darstellungshinweis: bei „seit _____“: 4-stelliges Eingabefeld, nur Zahlen von 1900 bis 2010 dürfen hier eingegeben werden; Plausicheck

Filter:

Fragetext:

Seit wann haben Sie die deutsche Staatsbürgerschaft?

- von Geburt an
- seit _____

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) seit Geburt an
- (2) seit (exakte Jahreszahl in zweiter Variable)
- (99) keine Angabe

Variable: a45
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Geburtsland

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1;
 Textfeld bei Kategorie "im Ausland, und zwar";
 wenn "im Ausland, und zwar in ____" angeklickt wurde, dann muss man auch eine Antwort angeben (Plausicheck)

Filter:

Fragetext:

Wo sind Sie geboren?

- in den alten Bundesländern bzw. Westdeutschland
- in den neuen Bundesländern bzw. Ostdeutschland oder ehemalige DDR
- im Ausland, und zwar in _____

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) in den alten Bundesländern
- (2) in den neuen Bundesländern/in der DDR
- (3) im Ausland, und zwar [Codierung durch Institut]
- (99) keine Angabe

Variable: HH1
Erhebung: WKP

Themenk: Soziodemographie
Item: Anzahl Personen HH

Darstellung: vgl. Grafik 1

Filter:

Fragetext:

Wie viele Personen, Sie selbst mit eingeschlossen, leben ständig in ihrem Haushalt?

- 1 Person
- 2 Personen
- 3 Personen
- 4 Personen
- 5 Personen
- 6 Personen und mehr

Filterweiterleitung:

wenn 1, 99 >> a 44

wenn 2, 3, 4, 5, 6 >> HH2

Codierung:

- (1) 1 Person
- (2) Personen
- (3) 3 Personen
- (4) 4 Personen
- (5) 5 Personen
- (6) 6 Personen und mehr
- (99) keine Angabe

Variable: HH2
Erhebung: WKP

Themenk: Soziodemographie
Item: Personen unter 18

Darstellung: vgl. Grafik 1;
 Plausicheck wenn HH2 > (HH1-1)

Filter: wenn 2, 3, 4, 5, 6 in HH1

Fragetext:

Und wie viele Personen in Ihrem Haushalt sind jünger als 18 Jahre?

- keine Person
- 1 Person
- 2 Personen
- 3 Personen
- 4 Personen
- 5 Personen und mehr

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (0) keine Person
- (1) 1 Person
- (2) 2 Personen
- (3) 3 Personen
- (4) 4 Personen
- (5) 5 Personen
- (99) keine Angabe

Variable: a44
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Schichtzugehörigkeit, subjektiv

Darstellungshinweis: vgl. Grafik 1

Filter:**Fragetext:**

Es wird heute viel über verschiedene Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu?

- Arbeiterschicht
- untere Mittelschicht
- Mittelschicht
- obere Mittelschicht
- Oberschicht

Filterweiterleitung:**Codierung:**

- (1) Arbeiterschicht
- (2) untere Mittelschicht
- (3) Mittelschicht
- (4) obere Mittelschicht
- (5) Oberschicht
- (99) keine Angabe

Variable: Buland
Erhebung: T2

Themenk: Soziodemographie
Item: Bundesland

Filter:

Darstellung:

Fragetext:

In welchem Bundesland leben Sie derzeit?

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) Baden-Württemberg
- (2) Bayern
- (3) Berlin
- (4) Brandenburg
- (5) Bremen
- (6) Hamburg
- (7) Hessen
- (8) Mecklenburg-Vorpommern
- (9) Niedersachsen
- (10) Nordrhein-Westfalen
- (11) Rheinland-Pfalz
- (12) Saarland
- (13) Sachsen
- (14) Sachsen-Anhalt
- (15) Schleswig-Holstein
- (16) Thüringen
- (99) keine Angabe

Variable: PLZ
Erhebung: WKP

Themenk: Soziodemographie
Item: Postleitzahl

Filter:

Darstellung: Textfeld, bis zu 5 Zahlen können eingegeben werden (Plausicheck).

Fragetext:

Wie lautet Ihre Postleitzahl?

Filterweiterleitung:

Codierung:

(xx) Codierung durch Institut
 (99999) keine Angabe

Variable: Wohn1
Erhebung: WKP

Themenk: Soziodemographie
Item: Wohnort

Filter:

Darstellung:

Fragetext:

Wenn Sie einmal Ihren Wohnort charakterisieren wollen, wohnen Sie dann in einer

- Großstadt
- im klein-, mittelstädtischen Milieu im Ballungsgebiet
- im klein-, mittelstädtischem Milieu in weniger dicht besiedelten Gebieten
- in ländlicher Gegend in der Nähe einer Mittel- oder Großstadt
- in ländlicher Gegend in der Nähe kleinerer Städte

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) Großstadt
- (2) im klein-, mittelstädtischen Milieu im Ballungsgebiet
- (3) im klein-, mittelstädtischem Milieu in weniger dicht besiedelten Gebieten
- (4) in ländlicher Gegend in der Nähe einer Mittel- oder Großstadt
- (5) in ländlicher Gegend in der Nähe kleinerer Städte
- (99) keine Angabe

Variable: Wohn2
Erhebung: Allbus 2008

Themenk: Soziodemographie
Item: Gemeindegröße

Filter:

Darstellung:

Fragetext:

Und wie viele Einwohner hat die Stadt oder der Ort, wo Sie leben?

- bis 1.999 Einwohner
- 2.000 - 4.999 Einwohner
- 5.000 - 19.999 Einwohner
- 20.000 - 49.999 Einwohner
- 50.000 - 99.999 Einwohner
- 100.000 - 499.999 Einwohner
- 500.000 Einwohner und mehr

Filterweiterleitung:

Codierung:

- (1) bis 1.999 Einwohner
- (2) 2.000 - 4.999 Einwohner
- (3) 5.000 - 19.999 Einwohner
- (4) 20.000 - 49.999 Einwohner
- (5) 50.000 - 99.999 Einwohner
- (6) 100.000 - 499.999 Einwohner
- (7) 500.000 Einwohner und mehr
- (99) keine Angabe